

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der Wochr. Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“, „Die rote Sichel“, „Der Kampf“, „Die Genossen“

Einzelgenosse: Die Spaltenbreite 100 mm, die Höhe 75 mm. — Die
Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Verleumdungs- und Beschimpfungs-
anzeigen 40000 M. — Schiffsfahrplan für Sammelreisen: 5000. — Reklamem-
preis: Die Spaltenbreite 40 mm, die Höhe 250 mm. —

Donnerstag, den 30. August 1923

Bezugspreis: Durch Abnehmer 170000 M. pro Woche. Durch die Post
20000 M. pro Monat und Nachzahlung der Differenzbetrag für Monatsabgabe
Redaktion und Expedition: Berlin, Unter den Eichen 50. — Postfach 101
Breslau Nr. 310 50. — Fernsprechnr. Breslau Nr. 3887.

Sind die Arbeiterlöhne zu hoch?

Die kapitalistische Produktionsfabrikation Stilllegung auch der mitteldeutschen Zeitungsbetriebe

Offenach, 27. August.

Die im Verein deutscher Zeitungsverleger, Reich Mitteldeutschland, organisierten Zeitungsverleger traten gestern auf der Wartburg zu einer außerordentlich stark besuchten Hauptversammlung zusammen. Es wurde festgestellt, daß Kapitalkraft und Betriebsmittel der Zeitungsverlegerbetriebe nicht ausreichen, um die ungetreuen und bestimmt noch eintretenden Belastungen 1. an Börsen, die auf Grund des Dekrets des Reichsarbeitsministers und dem zum Teil falschen Indexpolitik weit über Goldmark-Friedenslöhne hinaus gestiegen sind, und 2. an Papier, die bei rückwärtigen Zahlungsbedingungen in Goldmark zu entrichten sind, auch nur die aller nächste Zeit hindurch zu tragen.

Die Zeitungsverleger stehen auf dem Boden des Reichsrechts. Sie halten es aber als ethische Pflicht, ihre moralische Pflicht, offen zu bekennen, daß sie die Arbeitskraft ihrer Bediensteten unter den geltenden Tarifbedingungen nicht in Anspruch nehmen können, weil die Entnahmen die Lohnlasten nicht zu decken vermögen. Sie haben deshalb nicht als Demonstration, sondern aus innerer Notwendigkeit sich gezwungen gesehen, ihrem Personal zu kündigen oder die Kündigung zum nächsten Termin auszusprechen.

An den Reichsarbeitsminister und die zuständigen Vermittlungskommissionen wird das Gesuch gerichtet, die für die Stilllegung der Betriebe vorgesehenen 4 Wochen Sperrfrist für die Zeitungen aufzuheben.

Von dem Reichsfinanzminister wird erwartet, daß er mit der Organisation der Zeitungsverleger einen Weg findet, um die Beschaffung des notwendigen Zeitungspapiers noch zu ermöglichen.

Im Arbeitsministerium Sachlen sind seit Anfang August über 1000 Betriebsstilllegungen eingegangen.

In Königsberg wurde die gesamte Hafnarbeitererschaft ausgesperrt.

Die Berliner städtischen Betriebe, an der Spitze die Gas- und Elektrizitätswerke, befinden sich in einer so schwierigen finanziellen Lage, daß mit ihrer Schließung oder zum mindesten mit starker Einschränkung des Betriebes zu rechnen ist. Nicht nur große Betriebe, sondern auch zahlreiche Gruppen Privatunternehmer haben vorläufig die Zahlungen an die Werke eingestellt. Dadurch sind die Werke der Möglichkeit beraubt, Kohlen einzukaufen sowie Gehälter und Löhne zu zahlen. Oberbürgermeister Poes will nochmals einen dringenden Hilferuf an das Reichsarbeitsministerium um sofortige Gewährung von Reichskrediten richten, damit ein Zusammenbruch der Gas- und Elektrizitätsversorgung Berlins vermieden werden kann.

An anderer Stelle des Blattes ist der Schwandel der Unternehmer und der gewerkschaftlichen Bierbankstrategen vom Schlags Rufes, als ob die hohen Löhne an allem schuld sind, ausdrücklich widerlegt.

Die Schließung der mitteldeutschen wie auch der schlesischen Zeitungsbetriebe ist ein Teil des planmäßigen Sabotagefeldzuges der deutschen Kapitalisten.

Der einzige Weg, um den Gang der Produktion aufrechtzuerhalten und Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, ist daß die Produktion unter

Leitung der Betriebsräte weitergeführt wird. Die Regierung muß gezwungen werden, den Betriebsräten die stillgelegten Betriebe zu übergeben und ihnen die erforderlichen Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen.

Der Buchdruckerverband nimmt gegen Ruffert Stellung

Wegen des Geschwärs der Unternehmerpreise und der Ruffert Leute, die Löhne der Buchdrucker seien zu hoch, muß sich jetzt der Buchdruckerverband in Breslau wehren, indem er große Plakate an allen Anschlagstufen veröffentlichen, die ziffernmäßig über den wirklichen Buchdruckerlohn Aufklärung geben. Dem energischen Vorstoß der Buchdrucker gegen die Schädlinge innerhalb der Arbeiterbewegung (die den Arbeitnehmern Argumente für den Lohnabbau liefern!), die von der „Volksrecht“ mit vollem Recht als Klassenpolitiker und Bierlichstrategen bezeichnet werden, muß sich die gesamte organisierte Arbeiterschaft anschließen!

Durch die bürgerliche Presse geht jetzt die Nachricht, daß das Buchdruckergewerbe infolge der „hohen“ Löhne der Arbeiter gezwungen ist, den Betrieb teilweise oder ganz einzuschränken. Als die Papierfabrikanten ihre Preise erhöht, wurde nie von einer Stilllegung der Druckbetriebe gesprochen. Jetzt nachdem die Arbeiterschaft verlor, die Löhne der Geldentwertung anzupassen, bricht man in ein großes Geschrei aus, daß dies das Gewerbe an den Ruin bringe. Erstens haben die Buchdrucker keine Goldlöhne; zweitens sind die für die laufende Woche getätigten Lohnhöhungen durch die Steigerung des Dollarkurses bereits wieder illusorisch geworden. Die Unternehmer glauben jetzt den Zeitpunkt für gekommen, wo sie durch ein Zänkungsmäandern der Arbeiterschaft ihre Bedingungen diktieren können. Die Arbeiterkategorien sollen gegeneinander ausgespielt werden und Leute wie Ruffert belagern das sehr geschickt! Die Arbeiterschaft darf dies nicht geschehen lassen, sondern muß dem Unternehmertum gegenüber einheitlich und geschlossen auftreten.

Andere Männer, gleiche Methoden

Wieder 80 Goldmillionen in einer Woche verpulvert

Der letzte Reichsbankausweis gibt die Erklärung für die plötzliche, wenn auch kurze Markverbesserung, die der „Vorwärts“ so sehr als Erfolg der Regierung Stresemann-Hilferding bejubelte. Herr Hilferding weiß keinen anderen Rat zur Stärkung der Mark wie keine Vorkäuferei. Auch er verleiht das Gold der Reichsbank. Der Goldbestand der Reichsbank nahm um 80 Millionen Gold ab. Unterdessen steigt der Notenumlauf weiter an. Am 15. August betrug er bereits 116,4 Billionen Mark. Das bedeutet gegen die Vorwoche einen Zuwachs von 54 Billionen oder rund 9 Billionen täglich. Diese Leistung ist schon lange überschritten, augenblicklich können bis zu 60 Billionen täglich gedruckt werden. Auch der Diskontierung der Wechsel ist nicht Einhalt geboten worden: 24 Billionen Mark Wechsel sind in der letzten Woche diskontiert worden, so daß der Bestand der Reichsbank an diskontierten Wechseln und Lombardforderungen 56 Billionen beträgt, d. h. über die Hälfte des Notenumsatzes ist der Großindustrie und den Großbanken geliehen worden zu Bedingungen, über die sich alle einig sind, daß sie in Wirklichkeit ein Geschenk bedeuten.

Generallstreik und Verkehrsperre am Gedantag

Kürnberg, 28. August.

Nach einer leidenschaftlichen Diskussion verlangte in Nürnberg eine Petitionärversammlung mit überwältigender Mehrheit von den Arbeitervereinigungen:

1. Die Einberufung eines bairischen Betriebsräte-Kongresses, als Grundlage zur Zusammenfassung der gesamten Kraft der bairischen Arbeiterschaft zum Kampf gegen

den Faschismus, gegen Not und Elend, für die Arbeiter- und Bauernregierung.
2. Die Durchführung einer Massenkundgebung am 2. September gegen den faschistischen Putschmarsch in Nürnberg, Vorbereitung des Generalstreiks und der Verkehrsperre.

Der Kontrollausschuss beschlagnahmt 20 Zentner Zucker

In Hamburg gelang es dem Kontrollausschuss in Verbindung mit Arbeitern unter Hinzuziehung der Polizei bei einem Kolonialwarenhandeler in der Meißelstraße 45 20 Zentner Zucker zu beschlagnahmen. Der

Zucker wurde zurückgehalten, um verpackt zu werden.
Die Kontrollausschüsse in allen Städten müssen ihr Augenmerk nicht nur auf überhöhten Lebensmittelvorräte lenken, sondern auch die Zufuhren von Lebensmitteln überwachen und ihre Verteilung kontrollieren.

Die Revolutionierung des polnischen Textilarbeiterverbandes

Warschau, 29. August.

Die Wahlen zum Textilarbeiterverband ergaben bis jetzt eine große Mehrheit für die Opposition. In Lodz wurde die Opposition einstimmig gewählt.

Die Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften

Der NSDAP als Kapitalretter

In diesen Tagen wiederholt sich zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern ein ähnliches Spiel wie im November 1918. Wie damals, so ist auch heute die ganze Öffentlichkeit auf die hochpolitischen Ereignisse, Regierungskrisen, Generallstreik usw. eingestellt. In derartigen Zeiten lieben es die Gewerkschaftsgrößen, möglichst geräuschlos im Hintergrund zu arbeiten. Doch die Folgen ihrer scheinbar bedeutungslosen Tätigkeit erweisen sich dann nachträglich für die gesamte Arbeiterklasse als im höchsten Grade schädlich. Das deutsche Proletariat mußte schon mehr als einmal zu spät erkennen, daß es zur selben Zeit, wo es sich politisch am stärksten fühlte, fast unbemerkt von verätherlichen Gewerkschaftsführern auf wirtschaftlichem Gebiet an Händen und Füßen gefesselt worden ist. Während im November 1918 die Massen auf den Straßen standen und formell die ganze politische Macht in die Hände bekam, gründete der NSDAP mit den Einverständnis, Böglers usw. die Zentralarbeitsgemeinschaft, durch die die Revolution verkauft und verraten wurde. Obwohl der letzte Gewerkschaftskongress ausdrücklich den Rücktritt der Gewerkschaften aus der Zentralarbeitsgemeinschaft beschlossen hat, lebt diese Institution munter weiter und macht sich an, die weittragendsten Beschlüsse für das gesamte Proletariat zu treffen. Und jetzt wieder kam das Stimmes-Organ, die „MZ“ in ihrer Morgenausgabe vom 24. 8. von in den letzten Tagen gepflogenen Verhandlungen und fertigen Abmachungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft berichten, die in ihrer Auswirkung nicht minder schädlich für das Proletariat wirken müssen, als die damaligen Novemberabmachungen. Die „MZ“ — bezeichnenderweise berichtete der „Vorwärts“ in seinen beiden Ausgaben am selben Tage noch nichts darüber — schreibt:

„Wie uns von Gewerkschaftsseite mitgeteilt wird, haben sich die Spitzenverbände der deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Zentralarbeitsgemeinschaft in mehreren Sitzungen der letzten Tage wiederholt mit dem Lohnproblem beschäftigt. Anlaß zu den neuen Unterhandlungen gab die Tatsache, daß bei der rapiden Geldentwertung der letzten Wochen der Reallohn zahlreicher Arbeiterkategorien eine Entwertung genommen hat, die einer gerechten Abwägung der Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht entspricht.“ Sie Spitzenorganisationen sind sich darüber klar, daß eine endgültige Lösung des Lohnproblems nur gefunden werden kann durch Schaffung einer gesunden Finanzwirtschaft und Hebung der Produktion, die zwischen Fernhand und Gegenwart wieder

das richtige Gleichgewicht herstellt.“
Das heißt auf gut deutsch: Die Arbeitergemeinschaft hält die jetzigen Löhne noch für zu hoch. Sie sollen abgebaut und dann stabilisiert werden. Wie das gemacht werden soll, geht aus folgender, ebenfalls in der „MZ“ veröffentlichten Abmachung hervor:

„Es sollen die jeweiligen Lohnbeträge in den Grundlohn und einen Multiplikator zerlegt werden. Der Tariflohn wird sich dann also in Zukunft aus einer für einen Zeitraum von etwa 4 bis 8 Wochen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten von beiden Vertragsparteien festzusetzenden Grundzahl zusammensetzen, die mit einer der gebräuchlichsten, die Bewegung der Lebenshaltungskosten wiedergebenden Indexzahl zu veretwärtigen ist. Seine Berechnung soll bei Arbeitern wöchentlich, bei Angestellten dreimonatlich erfolgen.“

Als Multiplikator wird bei Reichsstarifverträgen über größere Gebiete zweidrig die Reichsindexzahl des Statistischen Reichsamts Anwendung finden.“

Wird dieser laubere Vertrag in der Praxis durchgeführt, dann hat die Gewerkschaftsbürokratie endlich das erreicht, was sie längst anstrebte, nämlich die vollständige Ausschaltung der Arbeiter und breiten Mitgliedschaften bei den Lohnverhandlungen, und deren Verlegung in die Dunkelkammern der Arbeitsgemeinschaft. Was das heißt, kann jeder Arbeiter, der die Einstellung der Spitzen kennt, selbst ermessen. Die Mehrzahl der Gewerkschaftsführer hütet sich heute unter der Regierung Hilferding-Stresemann mehr denn je nur als Koalitionspolitiker und Retter des kapitalistischen Staates, denn als Vertreter der Arbeiterinteressen. Man lese den „Vorwärts“, der in seiner Abendausgabe vom 24. August gegen die „hohen“ Buchdruckerlöhne vorgeht und den Buchdruckern „Vernunft!“ anrät. Er schreibt wörtlich: „Die neuen Buchdruckerlöhne sind zu hoch.“ Und die „Leipziger Volkszeitung“ unterstreicht die unrichtige Behauptung Hilferdings, daß die Löhne die Friedenslöhne überschritten hätten, durch folgenden Schlußsatz ihres Artikels zu Hilferdings Rede im Reichstag:

„Auch die Arbeiterklasse wird sich in ihrer Lohnpolitik den Gesamtbedürfnissen der Wirtschaft anpassen müssen. Es ist unmöglich, Gold- bzw. Friedenslöhne zu fordern, wenn die Tragfähigkeit der gesamten Wirtschaft gegenüber Friedenszeiten um Duzende von Prozenten vermindert worden ist.“

So, hier sehen die Arbeiter und vor allem diejenigen, die auch heute noch der G.W.D. nachlaufen, schwarz auf weiß, wozu die Große Sozialistenpartei, die die Arbeiterklasse

wären sich keine besseren Sachwalter wünschen als solche SPD- und Gewerkschaftsleiter, die sie sich hier produzieren. Denn was die SPD-Organen schreiben, ist wörtlich genau so in den Unternehmerzeitungen zu lesen.

Seit Monaten schreiben diese Herren nach wertbeständigen Gebühren, bezichtigen die Kommunisten als Schwindler usw. Jetzt, da sie wieder an der Regierungskassette sitzen, wollen sie nicht einmal die letzten Hungerlöhne auf Grund des Reichsbeschlusses ausrechnen lassen.

Sich die Herren von der Arbeitsgemeinschaft täuschen sich. Heute liegen die Dinge in den Gewerkschaften anders als 1918/19. Die Masse steht in ihrer Mehrheit auf Seiten der Kommunisten und nicht der Abmachungen der Arbeitsgemeinschaft als einen leeren Pappier behandelnd, wenn sie ihren Interessen zuwiderlaufen. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen in den Verbandsversammlungen sofort Aufklärung über das Schreiben der A.G.G.-Leiter verlangen. Am diesen Leuten aber jede Möglichkeit zu nehmen, mit ihren saulen Abmachungen auch nur einen Teil der Arbeiter zu beeinflussen, ist die intensivste Arbeit aller Revolutionäre in den Gewerkschaften heute notwendiger denn je.

Neuer Gewalttätiger Geberings gegen die Berliner Betriebsräte

Berlin, 29. August.

Der preussische Minister des Innern, Gebering, hat den Zentralausschuss der Großen Berliner Betriebsräte auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Arbeit aufgelöst und verboten.

Der amtliche „Preussische Pressedienst“ veröffentlicht einen Artikel, in welchem über die kommunistische Partei und die Betriebsräte Ausführungen gemacht werden. Das ganze Material ist ein Schwindelroman und soll dazu dienen, um der Öffentlichkeit gegenüber die andauernde Beschlagnahme der „Roten Fahne“ und die Verhaftung kommunistischer Funktionäre zu begründen.

Hausdurchsuchungen und Verhaftungen

Am Dienstag nachmittag erschien im Sekretariat der KPD, Berlin-Brandenburg eine Anzahl Kriminalbeamte. Sie besuchten sämtliche Räume und alle Ein- und Ausgänge. Daraufhin nahmen sie sich des Organisationsbüros und der Sekretariatsabteilung an. Sie beschlagnahmten sämtliches Material, was ihnen in die Hände fiel. Zum Schluss verhafteten sie folgende Personen:

Hans Pfeiffer, Redakt. Grilbert, die Stadtdirektoren Klotz, Illmann, Grothe und den Stadtrat Zorkler.

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD hat an die Berliner Arbeiterkassen einen Aufruf erlassen, in dem sie die Arbeiterkassen auffordert, sich gegen die Diktatur der Streikmannregierung zu wehren.

Verbot der „Hamburger Volkszeitung“

Hamburg, 29. August.

Der Polizeikommandant Henke hat die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ auf drei Tage verboten.

Mildes Urteil im Feme-prozess

Berlin, 28. August.

Das Volksgericht verurteilte im Prozess wegen des politischen Mordes am Studenten Paul den Hochschullehrer August Jenczauer wegen Verbrechen des Mordes zum Tode, den Kaufmann Joh. Berger wegen Begünstigung zu 1 1/2 Jahr Gefängnis, den Hilfsarbeiter Ernst Berger sowie den Schriftsteller und Privatgelehrten Dr. Arnold Ruge nach dem Bericht von der Anklage der Begünstigung frei. Dagegen wurde Dr. Ruge wegen Anstiftung zum Mord zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Ernst Berger wurde auf freien Fuß gesetzt.

Das Urteil gegen Berger und Ruge ist ein neuer Skandal der bürgerlichen Justiz. Gegen Berger hatte selbst der Staatsanwalt der kapitalistischen Regierung die Todesstrafe beantragt. Ruge war der Hauptorganisator und Hauptleiter der Mordkommission. Er, der intellektuelle Urheber, kommt mit einem Jahr Gefängnis davon!

Zuckerpreis in Niederösterreich

Breslau, 28. August.

Der Oberpräsident der Provinz Niederösterreich hat nach Anhörung der Zuckerkontrolstelle den Höchstzuckerpreis für den Großhandel im Bezugs mit dem Einzelhandel für die Woche vom 22. August bis zum 1. September auf 264 000 Mark das Pfund Basis-Weiß ab 2400 bei Vorauszahlung als Höchstpreis festgesetzt.

Der Kleinhandel ist diese Woche noch in der Lage, den Zucker zum Preise von 200 000 Mark das Pfund abzugeben.

Die Sozialdemokraten zittern vor Neuwahlen

Obwohl der Preussische Landtag ein Gesetz angenommen hat, nach dem bis spätestens Ende November 1923 zu allen Gemeinden Preussens mit Ausnahme von Berlin Neuwahlen stattfinden müssen, so daß mit den Vorbereitungen längst hätte begonnen werden müssen, erläßt der preussische Innenminister, der Sozialdemokrat Sebering, irgendwelche Ausführungsbestimmungen, wie sie zum Beispiel für die Besetzung zum Wahlrecht der aus dem besetzten Gebiet Verdrängten längst erforderlich gewesen wären, noch beruft der preussische Landtagspräsident, der Sozialdemokrat Veinert, den Landtag ein, damit dieser rechtzeitig den endgültigen Wahltermin feststellen kann.

Dieses Zögern ist kein Zufall. Bedurfte es doch des schärfsten Druckes auf die sozialdemokratische Partei, daß sie überhaupt ihre Zustimmung zu Kommunalwahlen für das Jahr 1923 gab. Sie wollte nach den Erklärungen, ihrer Ausschußmitglieder die Wahlen so lange hinauschieben, bis die Befehle des Ruhrgebietes vorüber wäre, am liebsten also überhaupt keine Neuwahlen. Fürchte sie doch den Jörn der Arbeitermassen über ihre dort geleiteten Arbeitererrat, fürchte sie doch, in vielen Städten die Stimmenmajorität und damit auch die so zahlreichen, auch so überaus gut bezahlten Bürgermeister- und Stadtratsposten zu verlieren. Erst als auch die bürgerlichen Parteien, vor allem natürlich die der Rechten, sich den Beschlüssen der kommunistischen Partei auf Neuwahlen angeschlossen, besonnen sich die Sozialdemokraten im Frühjahr schließlich zu einem Nachgeben. Seltener hat sich die Stimmung nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch größerer Teile des Kleinbürgertums noch wesentlich mehr zugunsten der kommunistischen Partei verändert. Die sozialdemokratische Partei befürchtet mit Recht, daß eine Wahl zu allen preussischen Gemeinden im November mit einer einseitigen Niederlage der Arbeiterminderheiten enden würde, einer Niederlage, welche die Sozialdemokratie nicht nur ihrer Majorität in den Tausenden von Gemeinden entziehen würde, sondern auch die ungedeckten Prämienverluste auch bei den bürgerlichen ihre Qualifikationen als letzte machtvolle Stütze gegen die Arbeiterklasse in den Ländern und im Reich beseitigen müßte.

Der Wahlkampf als solcher würde zudem der kommunistischen Partei ermöglichen, ins letzte Dorf, in die letzte Hütte eine intensive Aufklärungspropaganda zu tragen, die der sozialdemokratischen Partei und ihren bürgerlichen Auftraggebern den schwersten Schlag versetzen könnte. Die Sozialdemokraten zittern daher vor Neuwahlen. Aus zahlreichen Bemerkungen ihrer Bonzen ist deutlich erkennbar, daß sie ihren gesamten Einfluß aufbieten werden, um trotz des angenommenen Gesetzes Neuwahlen im Jahre 1923 zu verhindern und daß ihnen bei diesem Bemühen die veränderte Umverteilung des Bürgerums schon sicher ist.

Je mehr die Sozialdemokraten vor den Neuwahlen zittern, umso lebhafter müssen wir auf Neuwahlen drängen. Unsere Forderung wird bei Wiedereröffnung des Landtages alles tun, die Neuwahlen zu den Kommunalen in diesem Jahre herbeizuführen. Aber diese parlamentarische Tätigkeit genügt nicht. In der jetzigen Situation haben Neuwahlen zu allen Gemeinden des großen Preußen mehr als parlamentarische Bedeutung. Wesentlich mehr daher auch von den Arbeitermassen der Kampf um die Errichtung einer Arbeiterregierung aufgenommen werden.

Gerade in den letzten Tagen der Apokalypse und des Hungers haben die Arbeiter überall das schwächliche Verhalten der bürgerlichen und sozialdemokratischen in den Stadtverwaltungen erkennen müssen. Irrendes Hilfe, überall feige Ausrede der Mangelkompetenz oder aber das Anfordern von Geld und Militär gegen ihre eigenen Gemeindeangehörigen. Wie vieles aber könnte eine Arbeiterschaft, in den Stadt- und Bezirksverwaltungen gerade jetzt für die Arbeiter heranzuziehen, sowohl auf dem Gebiete der Preisregulierung, der Kontrolle, Beschlagnahme und Verweigerung von Lieferungen, Heiz- und Beleuchtungsarbeiten, wie auf dem Gebiete der Fürsorge für Kranke, Erwerbslose, Kriegsveteranen, Alters- und Sozialrentner, vorausgesetzt freilich, daß sich diese Arbeiterverwaltung nicht an die arbeitserniedrigenden Beschränkungen der Landrats-Regierungspolitiken und Minister lehrt, sondern darauf beruht, gestützt auf die Betriebsräte und die Sympathien der gesamten erwachsenen Bevölkerung ihrer Gemeinde, den Kampf gegen die kapitalistische Zentralregierung aufzunehmen. Bei allen Veranlassungen, Kundgebungen und Forderungen, insbesondere dort, wo in der jetzigen Notzeit Betriebsräte und Kontrollkommissionen bei Durchführung ihrer Aufgaben auf den Widerstand der Kommunalverwaltungen stoßen, muß daher Befreiung dieser arbeitserniedrigenden Verwaltungen, Neuwahl zu den Gemeindevertretungen und Errichtung von Arbeiterverwaltungen in allen Gemeinden gefordert werden.

Diese Forderung muß so laut und so intensiv in ganz Preußen erklingen, daß die Neuwahlen trotz des Zitterns und der Sabotageversuche der Sozialdemokratie und ihrer bürgerlichen Helfer noch in diesem Jahre zustandekommen, mit einer Niederlage aller Arbeiterfeinde und mit einem glänzenden Siege der in der kommunistischen Partei ihre einzige Rettung sehenden Arbeiterschaft gefolgt werden, damit schon im Winter in möglichst vielen Gemeinden der Kampf für die Errichtung des Proletariats gegen die kapitalistische Regierung aufgenommen werden kann.

Ernennung einer Grenzfestsetzungskommission. Wie die „Agora Sozial“ meldet, werden die italienischen Mitglieder der Grenzfestsetzungskommission für die griechisch-alkanische Grenze auf der Straße Janina-Conti-Oraniza von Griechen erzwungen. Die Meldung sagt hierzu, die italienische Regierung habe ernannte Maßnahmen ergriffen, die sie das außerordentlich enge Ereignis erfordere.

Erst zahlen — dann räumen

Die Diskussion zwischen Poincare und Stresemann wird fortgesetzt. Stresemann hat vor den deutschen Industrievertretern den französischen Imperialisten produktive und positive Pfänder angeboten. Poincare antwortet in drei Reden am Sonntag vor allerlei Kriegervereinen und nationalen Versammlungen und prägt, ohne auf Stresemann besonders einzugehen, die Formel: erst zahlen, dann räumen! Stresemann wiederum hätte Zahlungen angeboten und von Räumung nichts gesprochen. Er sprach nur davon, daß deutsches Land deutsch bleiben müsse. Poincare wiederum spricht kein Wort davon, daß etwa deutsches Land annektiert werden soll. Er verlangt nur: erst zahlen, dann räumen. Er wie Stresemann weiß, daß das bedeutet: niemals räumen, können nicht bezahlt werden. Und die Summen die durch die positiven Pfänder garantiert werden, sollen ebenso durch die Pfänder garantiert sein, wie durch die Befehle der wirtschaftlich wichtigsten Gebiete.

Die Formel Poincares ist eine leuchtende Durchführung: das imperialistische Ziel Frankreichs ist nicht, Zahlungen zu bekommen, sondern ist vielmehr, das Ruhrgebiet dem französischen Straßengebiet einzuverleiben. Das Ziel der deutschen Schwerindustrie ist aber nicht, die Räumung des Ruhrgebietes zu erzwingen, sondern vielmehr, möglichst günstige Betreibungsbedingungen zu erhalten und möglichst schnell zum Abschluss zu kommen, um sozulagen die in Deutschland anstehende revolutionäre Welle zu betreiben.

Beide Teile lagen das genaue Gegenteil von dem, was sie meinen und wollen. Es wird Zeit, dieser Diskussion dadurch ein Ende zu machen, daß man den einen Disputanten, die deutsche Bourgeoisie und ihre Regierung, kaltstellt und den anderen, Poincare mit seinen Hintermännern, den französischen Kanonendonnen und Bankiers, dadurch entlarvt, daß man ihnen die geforderten Zahlungen in ihren nötigen Sachen stopft, nachdem man die nötigen Gelder aus den Kassenstränken der deutschen Hausliche genommen hat. Wir Kommunisten wissen vorher, daß die großen Gauner und Räuber jenseits der Grenze sofort neue Vorwände für ihre Amerikapolitik suchen würden. Wir wissen aber ebenso vorher, daß nicht nur in Deutschland durch die siegreiche Revolution ungeahnte Kräfte entfesselt würden, sondern in der ganzen Welt und nicht zuletzt auch in Frankreich und daß lediglich durch die Entfesselung dieser Kräfte der Imperialismus für alle Zeit ihr Handwerk gelegt werden kann. Wir möchten nebenbei bemerken, daß die Kommunisten sich wahrhaftig nicht darum reissen, den französischen Imperialisten Zahlungen in den Taschen zu werfen; reicht die Kraft der europäischen Revolution bereits im ersten Anlauf dazu aus, so wird der Verfall der Vertrag ohne Diskussion und ohne Zahlungen sofort zerfallen werden.

Der Kleinkrieg an der Ruhr

Schlesien

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Düsseldorf feuerte die Schilbwehr auf der Grube Holland bei Wattenstein auf eine deutsche Arbeiterperson, die Sabotage an den Kohlen verübt haben soll. In der Nacht zum 26. August wurde auch gegen einen in Altensellen aufgestiegenen Fesselballon ein Sabotageversuch unternommen. Gegen Mitternacht wurde in der Richtung des Ballons eine Rakete abgefeuert, die ungefähr 100 Meter vom Ziel platzte. Nach einer weiteren Meldung schloß eine französische Schilbwehr bei Stiepel an der Ruhr nach Anruf auf eine Gruppe Deutscher, die die Ruhr zu durchschwimmen versuchten. Nach Angabe der deutschen Polizei soll ein deutsches Mädchen verfehlt sein. In der Nacht zum 25. August soll die Straße von Weimar nach Stiepel durch einen Baumstamm gesperrt worden sein. Havas meldet, daß aus diesem Grunde für sechs Tage der Straßenverkehr verboten worden sei.

Thybus.

Wittermeldungen zufolge treten seit einigen Tagen in verschiedenen Orten Thybus-Epidemien auf. Wie aus Duisburg gemeldet wird, ist unter den Arbeitern der Friedrich-Wilhelms-Hütte die Ruhr ausgebrochen. Fünfzehn schwerkranke Leute mußten bereits dem Krankenhaus zugeführt werden.

Verbot des kommunistischen Jugendtages

Wie das „Ruhr-Scho“ meldet, hat der französische Platonmandant von Essen den kommunistischen Jugendtag am 2. September verboten. Auch alle aus diesem Anlaß geplanten Feiern und dergleichen wurden verboten.

Geltungsdauer der Fahrkarten

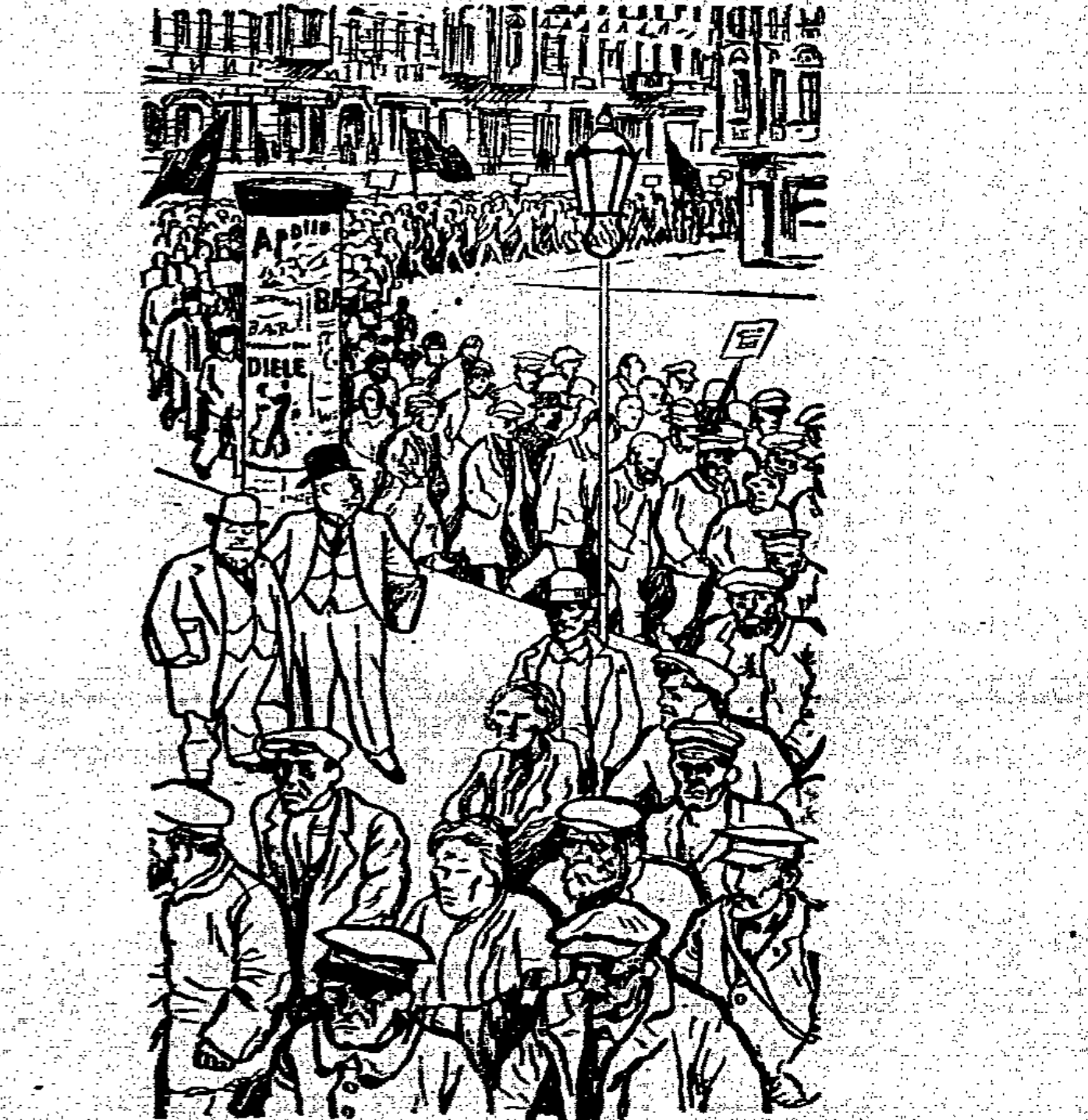
Die Reichsbahndirektion teilt mit: Eine Einschränkung der viertägigen Geltungsdauer der Fahrkarten findet aus Anlaß der am 1. September d. J. in Kraft tretenden Personen-Tarifserhöhung nicht statt. Zur Entlastung der Fahrkartenschalter am 31. August werden alle am 29. und 30. August gebliebenen Fahrkarten mit dem Tagesstempel am 31. August versehen werden. Diese Fahrkarten sind bis 3. September einschließlich gültig. Die Reisenden werden in ihrem eigenen Interesse dringend gebeten, die Abfuhr der Fahrkarten nicht bis zum 31. August hinauszuschieben, da an diesem Tage mit einem besonders starken Andrang an den Fahrkartenschaltern zu rechnen ist. Der Vorverkauf der Fahrkarten wird am 31. August, nämlich 12 Uhr abends geschlossen, falls nicht für einzelne Fahrkartenausgaben ein früherer Dienstschluss festgesetzt ist.

Neues vom Tage

Eine Familie vergiftet.

Der in Berlin in der Nähe des Friedrichshains wohnende frühere Barbier Heidenreich, seine Frau und seine sieben Kinder sind nach dem Genuß von Pilzen, die sie selbst gesammelt hatten, gestorben. Von der ganzen Familie sind nach dem Abendessen nur ein einjähriges und ein zweijähriges Mädchen leben geblieben, die das Pilzgericht verschmäht hatten.

Hungerdemonstration



Fettkopf: Meiner Sie, daß Sie Leute wirklich Hunger haben?
 Kaffee: Ach wo, das ist doch bloß eine kommunistische Sache. Der Kaffee selbst hat gesagt, daß die Arbeiterlöhne zu hoch seien. Und der muß es wissen!

Warum auch „Bauernregierung“?

Das die KPD heute tut, und was in der Forderung „Arbeiter- und Bauernregierung“ auf die knappe Formel gebracht bedeutet. Die hilflose Hand des revolutionären Proletariats entgegengetreten allen Lebenden und Ausgebeuteten, um gemeinsam höchste Not zu besiegen. Arbeiter- und Bauernregierung bedeutet die klare Erkenntnis der Kommunistischen Partei, daß zum entscheidenden Sturz der Bourgeoisie heute mehr nötig ist, als nur die Einheitsfront der Arbeiterklasse, nämlich das Bündnis des geeinten kämpfenden Proletariats mit dem noch zerstreuten, ebenso schwer leidenden und hart ausgebeuteten Kleinbürgerlichen und Kleinbauern Schichten.

Arbeiter- und Bauernregierung bedeutet: der feste Wille der Kommunistischen Partei, zum entscheidenden Kampf mit der Bourgeoisie die entscheidenden Massen aller Werktätigen zu sammeln und an ihrer Spitze die entscheidende Schlacht zu wagen. Allen Ausgebeuteten, gleichgültig, von wem und wie sie ausgebeutet werden, sagt mit dieser Parole die KPD, zweifach: 1. Ohne das revolutionäre Proletariat geht ihr kleinen Bauern und Gewerbetreibenden zugrunde. Auch der weiße Terror des Faschismus, auch ein „starker Mann“ wie Mussolini wird Euch nicht retten. 2. Das revolutionäre Proletariat ist darum bereit, auch Zugeständnisse zu machen, ist bereit ein lokales Bündnis mit Euch zu schließen; denn zusammen sind wir stark genug, um uns ein neues, von äußeren und inneren Blutsaugern befreites Vaterland zu schaffen.

Schaut auf Sowjetrußland! Die Diktatur des Proletariats in ihrer klassischen Form! Aber diese Diktatur des Proletariats ist keine Diktatur gegen die Bauern, sondern mit den Bauern und für die Bauern. Die Führerin des dort herrschenden Proletariats, die Kommunistische Partei, treibt in Rußland intensive, weitgehende Bauernpolitik. Die kommunistischen Arbeiter sind es, die dort die Steuerfrage in der Landwirtschaft tausendmal ernster stellen und behandeln, als sie je von einer preußischen Junkerregierung behandelt wurde. Die kommunistische Arbeiterpartei in Rußland ist es, die heute den Getreideexport für die Bauern organisiert, ihren Maschinen und Zuchtvieh gibt, Landwirtschaftsschulen und Versuchsanstalten gründet und den armen Bauern Kredite und befristete Vergünstigungen gewährt. Warum? Weil das russische Proletariat weiß, daß der Aufbau der bäuerlichen Landwirtschaft Voraussetzung ist des Aufbaues der sozialistischen Industrie, daß arbeitender Bauer und arbeitender Arbeiter eine unzerrennliche Kampfgenossenschaft bilden müssen.

In Deutschland gibt es zwei Millionen kleine und mittlere Bauern. Die Ernährung des Arbeiters hängt wesentlich von ihrer Produktion ab. Ohne den Fleiß des Industriearbeiters können die arbeitenden Bauern nicht existieren, und ohne den Fleiß der Bauern die Arbeiter nicht. Der Großbauer, der Gutsherr kann den Anbau laborieren, kann keine Produktion zu schaffen, kann versuchen die Arbeiter auszuhungern, kann Getreideboden anpflanzen oder in Schafweiden verwandeln, der kleine Landwirt kann das nicht. Der kleine Bauer muß intensiv wirtschaften, der kleine Bauer muß verkaufen, um Industriewaren einzulaufen. Wirtschaftlich sind arbeitender Bauer und Proletariat aufeinander angewiesen, sie müssen das Bündnis schließen, oder sie gehen unter.

Heute ist keine Zeit mehr, zu diskutieren. Hat die KPD nicht den Mut, den arbeitenden Bauern und Mittelschichten ehrlich und ohne Hintergedanken das Bündnis anzubieten, haben die kleinen Bauern und Gewerbetreibenden nicht die Klugheit, um das Bündnis anzunehmen, dann wird Deutschland in ein Meer unerhörten Stands und schwersten Bürgerkriegs verfallen. Sinnes rüf. Poincaré rüf, die Faschisten rüfen. Der Arbeiter kann sich nicht wehrlos aushungern und verfluchen lassen — der Kampf kommt. — Die Arbeiter- und Bauernregierung als organisatorischer Ausdruck des Bündnisses aller Arbeitenden gegen alle Ausbeutenden, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Rettung.

Das ist also praktisch die „Arbeiter- und Bauernregierung“? Sie ist der Tod jener Koalition der Sozialdemokratie und der Bourgeoisieparteien, der Sozialdemokraten und des Landbundes. Arbeiter- und Bauernregierung ist die Regierung des verbündeten Kampfes der Arbeiter und arbeitenden Bauern gegen den Kapitalismus, gegen den Wucher, gegen die Steuerfahndung der Besitzenden. Die Regierung des sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiters, zusammen mit den kleinen Bauern, Pächtern und Gewerbetreibenden gegen die

Herrn Agrar- und Industrieunternehmer. Sie ist die eiserne Faust der Ausgebeuteten und Schaffenden aus Haupt der „Ankernden, Ausbeutenden und Besitzenden“, geschlossene Abwehr aller Besitzlosen und kleinen Leute gegen den bewaffneten Übermut der bezahlten Soldknechte und des Großkapitals, gegen den Faschismus.

Warum aber sagen wir „Bauern“? Nun, weil die Bauern die entscheidende Schicht sind der nicht-proletarischen, aber auch nicht kapitalistisch wirtschaftenden, sondern ehrlich schaffenden Bevölkerung. Warum sagen wir nicht genauer „Kleinbauern“? Weil jeder kleine Bauer und Pächter, der den Boden mit eigenen Händen bebaut, sich daran erinnern soll, daß er nur den Anspruch auf den Ehrennamen „Bauer“ hat, und nicht jene schmarogenden Gutsherrn, die höchstens am Acker im Auto vorbeifahren, höchstens schweigende Landarbeiter antreiben, höchstens falsulieren, wie sie am besten anders auspressen und verenden können.

Wir Kommunisten wissen, daß nur eine ganz starke Diktatur der Arbeiterklasse mit den äußersten Mitteln des roten Terrors imstande sein wird, die Wende vom Untergang zum Auf-

stieg herbeizuführen. Wir wissen, daß die Mittelschichten und Kleinbauern viel zu wenig hart, zu wenig entschlossen und geschlossen sind, um rücksichtslos der Bourgeoisie den Krieg anzulagen, wir wissen, daß nur die kommunistische Führung, wie in Sowjetrußland auch die kleinen Bauern wird retten können. Trotzdem, wenn heute noch ein Teil der Arbeiter und die großen Massen der Kleinbauern nicht bereit sind, der kommunistischen Führung zu folgen und die letzten Mittel roter Gewalt anzuwenden, das soll für uns kein Grund sein nicht mit ihnen gemeinsam den Versuch einer gemeinsamen Regierung zu wagen. Ehrlich und mit äußerster Anspannung werden wir mit ihnen den Versuch der Arbeiter- und Bauernregierung machen, bewußt daß der Widerstand des Besitzes, der Zwang vorwärtszugehen, oder unterzugehen, die Schwankenden vorwärts treiben wird.

Indem wir die Arbeiter- und Bauernregierung erkämpfen, machen wir den Weg frei für die Diktatur des Proletariats. Dieser Diktatur, die eine Diktatur ist, zugunsten nicht nur des Proletariats, sondern auch der arbeitenden Mittel- und Bauernschichten, eine Diktatur zur Rettung der ganzen Nation vor ihren nationalen und ausländischen Ausbeutern.

Gedankenfeier oder proletarischer Kampftag?

Am 2. September 1870 wurde Napoleon III. von den deutschen Horden gefangen genommen. 83 000 französische Krieger wurden von deutschen Soldaten unter großem Jubel in die Gefangenschaft geführt.

Die Uebergabe von Sedan wird von den Nationalisten Deutschlands alljährlich mit großem Pomp gefeiert. Das Sedansfest ist ganz besonders für die deutsche Jugend aufgezoogen. Während in früheren Jahren die Sedansfeiern mehr oder weniger auf einen kleineren Kreis beschränkt waren, soll das diesjährige Sedansfest zu einer großen Ludendorff-Hindenburg-Parade gestaltet werden. Das Vorgehen des französischen Imperialismus, die Gewalttate in Rußland geben den Nationalisten aller Schattierungen Gelegenheit, die rassistischen Instinkte der deutschen Bevölkerung auszunutzen.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten leben größtenteils in Not. Die Nationalisten geben als Ursache den Zusammenbruch des Krieges und die deutsche Revolution an. Eine große Anzahl von Menschen, die politisch sich bisher nicht betätigten, glaubt an diese Märchen. In Wirklichkeit trägt die alldeutsche Politik, die vor und während des Krieges getrieben wurde, die größte Schuld an den jetzigen Zuständen.

Am 2. September 1923 soll die 53. Wiederkehr der Uebergabe von Sedan in deutscher Sprache gefeiert werden. Wir fragen: brachte der Sieg der deutschen Armee über die Franzosen nach 1870 den deutschen Arbeitern eine bessere Lebenslage als sie vordem hatten? Nein. Der Erfolg des Sieges 1870/71 war lediglich ein Erfolg für die Junker und die wachsenden Industriellen. Für die Arbeiter und Bauern kam nach 1870/71 der bekannte Militärdrill. Die Jugendlichen mußten zwei Jahre lang die Uniform tragen und sich allen Schikanen der Offiziere fügen. Der deutsche Militarismus begann seinen „Siegeslauf“. Das selbständige Leben der Soldaten wurde vollkommen unterdrückt, die Menschen wurden zu Automaten gemacht. Alljährlich wurden Siegesfeste gefeiert, wobei auf den Erbfeind den Franzosen, gellächert wurde.

1914 brach der Weltkrieg aus. Die deutschen Arbeiter stellten das Kanonennutter, das für die Interessen von einigen wenigen Kapitalisten zusammengeschlossen wurde. Der Weltkrieg endete nicht nur mit der Niederlage Deutschlands, sondern mit einem Zusammenbruch der gesamten bürgerlichen kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sondern erwies sich, daß durch einen Krieg und durch den Militarismus der Welt keine Rettung gebracht werden kann, führten die Alldeutschen ihre Kriegspropaganda weiter. Sa die Siegermächte den deutschen Militarismus entwaffneten und nicht mehr hochkommen ließen, rüsteten die ehemaligen Offiziere im stillen neu.

Ludendorff, Hindenburg, Ehrhardt organisierten eine illegale Armee. Diese Armee soll aber nicht im Kampf gegen den äußeren Feind verwendet werden. Sie hat den Zweck, den inneren Feind, die Arbeiterklasse im Schach zu halten. Eine riesige Anzahl von ehemaligen Offizieren, Unteroffizieren reaktionären Politikern und gewissenlosen Menschen haben eine

ganze Reihe von Organisationen geschaffen, die den Zweck haben die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse Deutschlands unterjocht zu halten. Diesen Verbänden voran marschieren die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, der „Deutsche Schutz- und Trutzbund“, der „Bismarckbund“, die Stahlhelm-Organisationen und der Jungdo. Diese Verbände benutzen die allgemeine Empörung, die in Deutschland infolge der Notlage herrscht, um die Massen für ihre Zwecke zu mobilisieren.

Die Arbeiterschaft muß zu dieser Situation Stellung nehmen. Sie kann nicht dulden, daß die Kriegsverbrecher und die Arbeitermörder am 2. September unter dem Deckmantel einer Sedansfeier ihre Sturmabteilungen aufmarschieren lassen. Diese Verbände wollen nicht Deutschlands Rettung, sondern die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Stinnesdiktatur.

Die reaktionären Organisationen stellen ihre Propaganda insbesondere auf die Jugend ein. Sie benutzen die politische Unreife der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie versprechen ihnen alles mögliche, malen ihnen die Bilder der früheren Helbenkämpfe und einer glorreichen deutschen Zukunft vor Augen. Mit großen Worten versuchen sie, die Jugendlichen als Kanonennutter für ihre Zwecke auszunutzen. Sie arbeitende Jugend darf sich nicht von den großen Redensarten und schönen Verheißungen der Monarchisten verleiten lassen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß für die Jugendlichen unter der wilhelminischen Regierung, sowie unter der reformistischen republikanischen Regierung keine den jugendlichen Bedürfnissen gerechtwerdenden Lebensbedingungen geschaffen wurden. Die Jugendlichen aller Schichten mit Ausnahme der der Großbourgeoisie, waren gerade recht, als die Hausknechte für alle unangenehme Arbeit verwendet zu werden. Für die arbeitende Jugend gibt es keinen Achtstundentag, keine freien Spielplätze, keine ausreichende Ernährung und keine großzügigen Bildungsmöglichkeiten. Die vaterländischen Organisationen wollen auch nicht, daß die schaffende Jugend in Zukunft ein besseres Leben führen soll. Wenn sie an die Macht gelangen, so wird wiederum der preussische Militarismus, der Kasernenhofdrill und die stumpfsinnige Unterjochung eingeführt werden. Aus diesen Gründen muß die arbeitende Jugend sich am 2. September von der Ludendorff- und Hiltensparade fernhalten.

Alle Mitglieder der Arbeiter-Turner und Wandervereinigungen müssen sich am 2. September an dem Kampftag der Kommunistischen Jugendinternationale beteiligen. Wenn sich die arbeitende Jugend nicht wehrt, wird ihr sehr bald jede Möglichkeit eigener Betätigung genommen werden.

Alle Burchen und Mädchen, gleich ob in Werkstatt oder Büro beschäftigt, müssen sich am 2. September, wo die kommunistische Jugend zum neunten Mal ihren internationalen Jugendtag begeht, klar sein darüber, daß nur ein einheitlicher, geschlossener Kampf der gesamten arbeitenden Jugend eine Besserung ihrer Lage bringen wird.

Es gilt, einzutreten für die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die allein in der Lage ist, für die proletarische Jugend ein würdige Lebensexistenz zu schaffen.

Der 9. Internationale Jugendtag in Krefeld verboten!

Der belgische Kreisdelegierte von Krefeld hat die Abhaltung des 9. Internationalen Jugendtages verboten. Das Verbot zeigt den unauslöschbaren Haß, den die imperialistischen Machthaber gegen die kommunistische Jugend hegen.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend hat daraufhin Solingen und Gberfeld als Demonstrationort bestimmt.

Parteiaufbau

An unsere Parteimitglieder!

Da in den meisten Kreisen unserer Mitglieder immer noch Unklarheiten betreffend der Einlassung der Beiträge bestehen, sehen wir uns gezwungen, in der Presse die Frage noch einmal aufzurollen. Infolge der ungeheuren Entwertung der Mark, sind wir genötigt, die Beiträge nicht mehr monatlich einzulassen, sondern wöchentlich. Bei den ungeheuren Ausgaben, welche uns entstehen bei Besammlungen, Porto, Fahrgebeln und Gehältern, sind wir nicht in der Lage, zu warten, bis die einzelnen Ortsgruppen am Monatschluß abgerechnet haben. Denn, wenn das Geld in den einzelnen Ortsgruppen bis Ende des Monats liegen bleibt, ist es derart entwertet, daß wir gar nichts damit anfangen können. Aus diesen Gründe hat die Bezirksleitung beschlossen, daß von jetzt an wöchentlich kassiert werden muß. Wir geben hiermit nochmals die Beiträge des ganzen Monats bekannt. Dieselben betragen:

- 1. Woche 2. Woche 3. Woche 4. Woche
- 1. M. 5000 1. M. 20000 1. M. 50000 1. M. 80000
- 2. „ 4000 2. „ 15000 2. „ 40000 2. „ 60000
- 3. „ 600 3. „ 2000 3. „ 20000 3. „ 30000

Alle die Ortsgruppen, welche nicht nach den hier angegebenen Beiträgen kassiert haben, müssen unter allen Umständen versuchen, die Beiträge nachzufassieren. Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß auf den Marken der Preis nicht mehr aufgedruckt ist, sondern lediglich die Marken durch ihre Farben zu unterscheiden sind, und zwar wie folgt: 1. Klasse weiß, 2. Klasse gelb, 3. Klasse grün. Wir weisen die Mitglieder und hauptsächlich die Kreisleiter, Ortsgruppenvorstehenden und Kassierer ferner darauf hin, daß jeden Sonnabend in der Zeitung die Beiträge für die kommende Woche veröffentlicht werden, und verlangen, daß die Beiträge auch wirklich kassiert werden. Es geht nicht an, daß einzelne Kassierer einfach noch ihrem Gutdünken die Beiträge festsetzen. Die Bezirksleitung.

Die nächste Werbewoche der Partei

Das Orbu der Zentrale der KPD teilt mit: Die nächste Werbewoche wird, wie in der Vergangenheit bereits bekanntgegeben ist, Ende September, und zwar in den Tagen vom 22. bis 30. September, stattfinden. In solchen Bezirken, in denen viele Postbezieher vorhanden sind und wo aus diesem Grunde die Bestellungen früher aufgegeben werden müssen, soll die Werbewoche einige Tage vorher beginnen. Die Organisationsleitungen werden dringend aufgefordert, entsprechend der in ihren Händen befindlichen Instruktionen schleunigst alle Vorbereitungen für die großzügige Durchführung der Werbewoche zu treffen.

An unsere Postbesteller

Der Abonnementspreis für August beträgt nun endgültig 500 000 Mark. Nach Abzug des Betrages von 120 000 Mark, den die Postbesteller bereits an die Post und den Verlag eingezahlt haben, verbleibt noch ein Differenzbetrag von 380 000 Mark.

Wir ersuchen unsere Postbesteller, diesen Betrag umgehend auf das Postkonto Breslau 310 59 der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesiens einzuzahlen oder mittels gewöhnlicher Postanweisung einzufassen.

Von den Ortsgruppen Siegen und Benthien OS haben der größte Teil der Postbesteller noch nicht einmal die erste Nachzahlung im Betrage von 100 000 Mark geleistet, so daß sich für sie für den Monat August ein zu zahlender Differenzbetrag von 400 000 Mark ergibt.

Die Postbesteller dieser beiden Orte werden ersucht, den Differenzbetrag von 400 000 Mark umgehend an die Zeitungskassierer:

R. Friedig, Siegen, Burgstraße 68, und Josepha Kugelwast, Benthien OS, Post-Casse 5.

zu zahlen, widrigenfalls wir ihnen für September die Zeitung sperren werden.

Der Verlag der Schlesischen Arbeiter-Zeitung

Die Unternehmer organisieren die Steuer- und Produktions-Gabotage

Betriebsstillegungen und Massenentlassungen in Hamburg. — Der NSD, als Wilhelm Zell der Unternehmer.

Als die Regierung Hilferding-Stresemann im Reichstag ihr „brutales“ Steuerprogramm verkündete, da stimmten auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien den neuen „Rettungsplänen“ zu. Der Grundgedanke der deutschen Industriellen war von jeher: im Prinzip stimmen wir allem zu, in der Wirklichkeit werden wir sabotieren. Das Unternehmertum ist daran, diesen Grundgedanken mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen.

Um sich von den neuen Steuern, ganz besonders von den Einkommensteuern zu drücken, organisieren die Unternehmer ganz planmäßig Betriebsstillegungen. Als Vorwand nehmen sie die „Ubergangsbilanz“ der Arbeiterkraft Hamburg, das im letzten Generallandtag der deutschen Arbeiter vorausgegangen ist, wird auch jetzt wiederum zuerst mit den Angriffen der Kapitalisten begünstigt.

Nachdem verschiedene kleinere Firmen, so die Stern-Wollspinnerei und die Jubelspinnerei Schiffbeck ihre Belegschaften bereits ausgesperrt haben, gehen nun auch die Metallindustriellen dazu über, ihre Betriebe zu schließen. Ein Rundschreiben, das der Verein der Eisenindustriellen im Landgebiete an seine Mitglieder ergangen ist, fordert diese auf, durch Stilllegung der Betriebe zum 1. September der Besteuerung zu entgehen.

Bei dem Demobilisierungsausschuss gehen in letzter Zeit eine große Anzahl Anträge seitens der Industriellen ein, die die Genehmigung der Betriebsstilllegung verlangen. Wenn diese Anträge genehmigt würden, dann würde in der kommenden Woche die Erwerbslosenzahl auf über 100 000 schnellen. Diese Vorgänge führten zu einer Verlesung des Demobilisierungskommissars Dr. Stenzel, dem Präsidenten des Arbeitsamtes und dem Ortsauschuss des NSD. Der Demobilisierungskommissar betonte, die Gewerkschaftsführer hätten zu beweisen, die Sozialpolitik abzuschaffen. Der Kommissar meinte ganz richtig, dass man damit den Unternehmern den Vorwand nehmen könnte, die steigenden Löhne seien der Anlass zur Betriebsstillegung. Die Gewerkschaftsführer, die durchaus nicht die wirklichen Vertreter der Arbeiterkraft sind, konnten trotz ihrer reformistischen Pläne diesem Vorschlag nicht zustimmen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsauschuss Groß-Hamburg, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Hamburg und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, Landeskartell Groß-Hamburg, nehmen in einem Aufruf zu der drohenden Steuer- und Produktions-Gabotage des Unternehmertums Stellung. Der erste Teil des Aufrufs wendet sich gegen die Politik der Industriellen, der zweite Teil bezieht sich auf die Kommunisten als die Urheber des Unternehmerangriffes. Der Aufruf fordert, daß die Streikzeit in den Betrieben begraben wird. Des Weiteren spricht der Aufruf von kommunistischen Oneratanten, die die Schrittmacher für die Steuerlabotage der Kapitalisten seien.

Das „Hamburger Echo“ (HWA) nimmt in der Samstag-Knummer zu dem Plan des Unternehmertums Stellung. Der ganze Artikel

ist nichts anderes als eine Fortsetzung des Janusfähigen Aufbaus der Gewerkschaften. Der erste Abschnitt stellt eine kümmerliche Fabel dar, in der bedauert wird, daß die Unternehmer nicht verstehen, daß Hilferding und Berg nur ein kleines Opfer von ihnen verlangen. Das Unternehmertum kam trotzdem, daß die Stresemann-Regierung die letzte Reserve für die deutsche Bourgeoisie bedeutet. Ihren Profitgier und ihren Seitenappetit nicht einzudämmen. Da die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie sich immer als Wilhelm Zell der deutschen Bourgeoisie erwiesen hat, fürchtet das Unternehmertum die Maßnahmen, die diese Leute gegen sie ins Feld führen wollen, nicht. Der zweite Teil des Artikels im „Hamburger Echo“ ist eine aller bestmögliche Anständigkeit spottende Hebe und Verleumdung gegen die Kommunisten u. a. steht geschrieben:

„In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß das Machtgefühl des Unternehmertums nicht so gewaltige Formen angenommen haben könnte, wenn nicht die Kommunisten durch ihre Bührbarkeit die gewerkschaftlichen Positionen geschwächt hätten.“

Es ist kaum glaublich, daß es sozialdemokratische Zeitungsschreiber noch wagen, solche Behauptungen aufzustellen, nachdem in aller Öffentlichkeit bewiesen ist, daß es sozialdemokratische Senatoren waren, die die kämpfende Arbeiterkraft niederzuschlagen. Auch die sozialdemokratischen wenden die bürgerliche Zankel an: in der Theorie stimmen wir den Arbeitern zu, in der Praxis sabotieren wir und schlagen sie nieder. Beweis dafür ist die neueste Aktion des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Altona-Wandsb., Richter der die Verklammerung der Hafenarbeiter verboten hat. Wir lassen als Beweis den Wortlaut des Verbotes hier folgen:

„Der kommissarische Polizeipräsident Altona-Wandsb. Sg. Nr. 5. 96 23

Altona, den 24. August 1923 Auf Grund der Belanmachung des Regierungskommissars vom 14. August 1923, betreffend Verhängung des Ausnahmezustandes, zu 3, verbiete ich hiermit die für Sonntag, den 26. August vormittag 10 Uhr, bei Baugmann, Dr. Feigert 56/53, einberufene öffentliche Hafenarbeiter-Versammlung.

Der Polizeipräsident Altona-Wandsb. gez. Richter.“

Dieses Schreiben ging an den Zünftehner-Ausschuss der Hamburger Betriebsräte.

In der Tat! Gegen die Arbeiterschaft sind sich Unternehmertum und reformistische Gewerkschaftsbürokratie einig. (Siehe Ruffert-Breslau). Politisch und theoretisch bearbeiten sie nach verschiedenen Rezepten ihre Ausbeuter.

Die Arbeiterschaft muß diesen Angriff abwehren. Die Waffe in diesem Kampfe sind die Betriebsräte. Der Abwehrkampf kann aber nur dann zu einem Erfolg führen, wenn die Arbeiterschaft der verschiedenen Betriebe nicht nebeneinander handelt, sondern einheitlich und geschlossen ihre Kraft einsetzt. Um diese Geschlossenheit zu erreichen, müssen die Betriebsräte und die Belegschaften ständig miteinander in Verbindung sein. Kontrolle der Produktion ist die Parole, unter der die Arbeiterschaft liegen kann.

samte oppositionelle Bandarbeiterkraft auf neue ansprechen, um in Zukunft auch der willfährlichen Zusammensetzung von Kreis- und Gaukonferenzen entgegenzutreten und jedesmal die Wahl der Delegierten zu den einzelnen Konferenzen durch die Mitglieder zu fordern. Es kommt auf die Aktivität der Mitglieder an, inwieweit die kommende Generalversammlung ihrem Willen trotz aller Regie des Hauptvorstandes gerecht werden muß.

Der Bergarbeiterkampf in der Eschewalokale

Das Sägenwunder der Unternehmer. Nachdem den Bergarbeitern in der Eschewalokale in den letzten zwei Jahren ihr Lohn um 50 Prozent gekürzt wurde, wollten die Kohlenindustriellen noch weitere Lohnabzüge einführen.

Die Arbeiter, die sich bereits in einer sehr schlechten Lage befinden, konnten sich das nicht gefallen lassen. Sie traten daher zur Wehr in den Streik. Die gesamte bürgerliche Presse wendet sich gegen die Streikenden. Sie gibt an, daß die Bergarbeiter durch ihre Löhne die Kohlen verteuern. Die Ostrauer Bergwerksbesitzer bearbeiten die Öffentlichkeit mit der Behauptung, daß die Bergarbeiter den Abbau der Kohlenpreise verhindern.

Trotzdem wird der Streik mit glänzender Geschlossenheit geführt. Um die Irrführungen der bürgerlichen Presse und der Bergwerksbesitzer zu korrigieren, hat die Zentralstreikleitung ein Communiqué an die Öffentlichkeit erlassen. Das Communiqué enthält sehr viel Zahlenmaterial und Tabellen, die beweisen, inwieweit die Kohlenpreise durch die Löhne beeinflusst werden. Das Communiqué stellt die Kurzwerte der größten Kohlenbergwerksgesellschaften dem Lohnanteil der Bergarbeiter gegenüber und beweist dadurch, daß der Kurzwert der Kohlen-Werks-Gesellschaft förmlich neuarmaßig sich von einer Lohnherabsetzung zur anderen ungeheuer erhöht haben. Raummangel macht es uns unmöglich, das ganze Material der Zentralstreikleitung wiederzugeben. Wir geben hier lediglich einen Auszug wieder, der ein Zeugnis gibt, daß es die Streikenden verstehen, auf die Machenschaften der Unternehmer die richtige Antwort zu geben.

Gegen die Praktiken der Kohlenhändler

Freig, 22. August (EKR)

An die im Kohlenhandel beschäftigten Arbeiter und die gesamte Öffentlichkeit!

Da die gesamte Öffentlichkeit durch den Bergarbeiterstreik beunruhigt ist, und man glaubt, daß wie im Weltkriege, ein Kohlenmangel eintreten wird, suchen die Kohlenhändler in ihren Lagern große Kohlenvorräte aufzuhäufen. In vielen Orten wird deshalb die Arbeiterschaft zu erhöhter Arbeitsleistung mißbraucht und man arbeitet mit großer Ueberzeit. Die Kohlenzüge gehen bis in den späten Abend durch die Stadt. Wir machen die gesamte, im Kohlenhandel beschäftigte Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß das Gesetz über den Achtstundentag eingehalten werden muß und daß für Ueberstunden eine behördliche Bewilligung notwendig ist. Eine ansehnliche Anzahl von Arbeitern ist derzeit arbeitslos und deshalb ist kein Grund für die Leistung von Ueberstunden vorhanden, da neue Arbeiter angestellt werden können. Wo trotzdem die Arbeiterschaft gegen das Gesetz zu Ueberstunden gezwungen wird und man ihr mit verschiedenen Drohungen kommt, möge das folgende den unterzeichneten Gewerkschaftsorganisationen mitgeteilt werden. Die Öffentlichkeit machen wir darauf aufmerksam, daß die Furcht vor dem Kohlenmangel überflüssig ist, da große Kohlenvorräte vorhanden sind. Außerdem werden die Kohlenpreise nach dem Streik nicht steigen, so daß auch von dieser Seite aus jede Furcht unbegründet ist. Durch den Ausbruch um Kohle entsteht eine überflüssige Belastung und es wird nur eine überflüssige Vertierung der gegenwärtigen Kohlenvorräte bewirkt. Trotzdem die im Kohlenhandel beschäftigte Arbeiterschaft zu einer zweimaligen Lohnherabsetzung genötigt wurde, wurden die Kohlen für die Kleinstauswender nicht verbilligt.

Der tschechoslowakische Verband der Kohlen- und Transportarbeiter und verwandter Zweige.

Eschewalokale Union der im Handel und Transport Beschäftigten.

Kohlenbau bei den Bergarbeitern

Profierzählung bei den Basen. Der tschechoslowakische Reichsausschuss für das Geschäftsjahr 1922 100 Prozent Dividende aus (Aktienkapital 25 Millionen.) 1921 konnten nur 15 Prozent Dividende ausgezahlt werden. Den Arbeitern wurde der Lohn um 50 Prozent gekürzt und die Aktienbesitzer erhielten höhere Gewinne.

Woher kommt das Geld?

So fragten „Bergwacht“, „Volkswacht“ etc. als wir zur Propaganda des Generallandtags Flugblätter druckten. Nun diese Geister stammten von Arbeitern; woher aber manch biederen Gewerkschaftsbürokrat Gelder bezieht, das beweist ein uns im Original vorliegender Brief der bekannten „Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Hessen“, den ein freundlicher Wind unserem Bruderorgan, der „Arbeiter-Zeitung“ in Cassel, auf den Tisch wehte. Das Gewerkschaftskartell Cassel hat sich seit einiger Zeit einen Herrn Suhr als Arbeitserstreiker angestellt. Sein Gehalt wird aus Beiträgen der Casseler Verbandsmitglieder bezahlt. Er soll ihnen in allen wirtschaftlichen Dingen ein treuer Anwalt sein und vor allem ihre Rechte gegen das Unternehmertum und seine Verhältnisse wahrnehmen. Wie dieser samose Arbeitersekretär Herr Dr. Suhr seine Aufgaben ausübt, zeigt der Brief in erschreckender Deutlichkeit. Wir lassen ihn darum im Original folgen:

„Landeszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Hessen.

Briefbuch Nr. 1789/23. Dr. St. 44/Rs. 413. Frankfurt a. M., 10. August 1923.

Platz der Republik 4. Fernruf Zaunisch 188.

Ueber Herr Fr. Suhr!

Zunächst meinen herzlichsten Glückwünschen dem gutbestimmten Doktorvater, das Sie trotz der Arbeitsüberlastung abgelegt haben. Ich habe selber bei meinem letzten Aufenthalt in Cassel noch nichts davon gewußt, sonst hätte ich Ihnen persönlich bereits gratuliert. Die Damen und Herren der Landesabteilung schreiben sich meinem Glückwunsch auf das herzlichste an.

Die Schulungswoche in Wihenhäusen ist ganz hervorragend verlaufen. Leider konnte ich, wie ich beabsichtigte, am vergangenen Montag nicht mehr nach Gudensberg kommen, da, wie ich Ihnen mündlich auch bereits gesagt habe, unmittelbar im Anschluß an die Wihenhäuser Tagung eine Konferenz des Deutschen Schachbundes mit den Grenzlanddeutschen in Frankenberg stattfand, zu der ich unbedingt hin mußte. Ich nehme aber an, daß Sie die Gelegenheit benützt haben, den anwesenden Betriebsräten einiges über die Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst zu sagen, ein Wunsch, den ich Ihnen bereits damals persönlich ausdrückte.

Ich darf nunmehr bitten, mir umgehend mitzuteilen, wie Sie den Vorschlag von 1 000 000 Mk. verwandt haben, ob die von der Reichszentrale für Heimatdienst gewünschten Themen über Deutschlands wirtschaftliche Lage und die Probleme der Produktionssteigerung von den Rednern mit berücksichtigt worden sind und welche besonders tüchtigen Zuhörer Sie der Landesabteilung Hessen zur Aufnahme in die Kartothek als Vertrauensleute empfehlen können. Ich darf deshalb um möglichst umgehende Erledigung bitten, weil ich Ihrer bereits geleisteten Quittung über 1 000 000 Mk. dieser Bericht in Anlage an die Juliabteilung noch beifügen möchte.

Mit den besten Grüßen Ihr sehr ergebener Greuber.

Hungerlöhne der Landarbeiter in Stradam

Man schreibt uns aus Stradam, Kr. Groß-Wartenberg:

„Hier werden die Landarbeiter in der schändlichsten Weise ausgebeutet. Für Hauen wird pro Morgen 23 000 Mark bezahlt, während der Tariflohn 180 000 Mark beträgt. Mann, Frau und Tochter verdienen bei dem Hungerlohn von 23 000 Mark in der Woche 390 000 Mark.“

Schuld an dieser geradezu unglaublichen Ausbeutung ist der Direktor von Ober-Stradam, der sich mit aller Kraft gegen eine bessere Bezahlung und gegen die Tariflöhne stemmt.

Wo bleibt hier der Landarbeiterverband, in dem die Ortsarbeiter in Stradam organisiert sind. Es ist ein Skandal, daß er Unterbezahlung des Preises duldet und nicht schon längst im Interesse seiner Mitglieder eingegriffen hat.

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen, Lehrlinge und Lehrmädchen!

Am Donnerstag, den 22. August, abds. 7 1/2, Uhr findet im Lokal Genz, Mauritiusplatz, eine öffentliche Jugend-Versammlung statt mit dem Thema:

„Wann werden unsere Löhne und Urlaubsfragen geregelt?“

Referent: Genosse R. O. N. B. J. Jugendliche, erscheint in Massen! 23., Ortsgarade-Breslau.

Betrieb - Gewerkschaft

Generalversammlung des Deutschen Landarbeiter-Verbands

Der Hauptvorstand des DLV hat die dritte Generalversammlung auf den 12. September nach Magdeburg einberufen. Trotzdem die Einberufung der Delegierten schon in Kreis- und Gaukonferenzen vorgenommen wurde, wird sich die kommende Generalversammlung nicht über eine Reihe von Anträgen hinwegsetzen können, die sich gegen die Statuten der Gewerkschaft und Konventionen richten. Selbst eine Reihe der geliebten Kreiskonferenzen haben Anträge angenommen, die mit aller Schärfe die Befestigung der Arbeitsgewerkschaft, die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen oppositionellen Landarbeiter, die Wahl der Angestellten durch die Mitglieder, sowie schärfsten Kampf gegen die rechtliche Notlage fordern.

Die fünf der Halle der DLV-Mitglieder für die Durchsetzung dieser Forderungen ist, zeigte die am 12. August stattgefundene Konferenz des DLV in Magdeburg. Georg Schmidt und der Landesleiter Brandenburg führten die Diskussionen auf die verhassten Kommunisten, nannten die Oppositionsbewegung eine Streikbewegung. Dies konnten die Herrschaften sich erlauben vor einer Konferenz, zu der nur die allertrauesten Anhänger des Gauleiter Brandenburgs geladen wurden. Wie es aber draußen unter den Mitgliedern

steht, das hat der samose Streifenbrandenburg in einigen Sätzen deutlich zum Ausdruck gebracht:

„Was soll man zu einer Mitgliedschaft sagen, die gewarnt wurde Tag für Tag und doch jenseits Seiten vom Zunftauschuss ins Garen ging? ... Wenn gegen die verbrecherischen Elemente nicht anders vorgegangen wird von den Kollegen, dann bekanden sich die Kreisleiter dafür, ihr Leben als Spiel zu setzen. Das lassen wir uns nicht mehr länger gefallen, wie es in letzter Zeit gewesen ist. (Brandenburg deutet an keine Prügel! D. Red.) Woher lauten unsere Landarbeiter jenseits unterantworlichen Seiten nach?“

Das ergibt für jeden Denkenden ein klares Bild über die „Bewertung“ der DLV-Führung unter der Landarbeiterkraft. Daran ist ersichtlich, warum selbst diese Konferenz entgegen der Statuten Bestimmungen beschloß, daß Brandenburg sich zur Wahl stellen müsse. Es war voranzugehen, daß Brandenburg das Vertrauen erhielt. In so weit ist die Abstimmung eine formale Sache gewesen. Aber darüber hinaus zeigt diese Abstimmung, daß der Druck der Mitglieder ausreichte, um bei der Wahl des Angestellten ein wenig wenig das Prinzip der Demokratie, zum Durchbruch zu bringen. Diese Aufgabe muß unsere Genossen und die ge-

Jede Brillensache



fachgerecht bei
Optiker Bache & Co.

Gleiwitz, Wilhelmstraße 21, a. d. Klodnitzbrücke
Sorgfältige Lieferung aller
Krankenkaufen-Brillen

Alfred Dworatzek

Wilhelmstraße 34a

Herren-Stoffe
Futter-Stoffe

GLEIWITZ

Hüttengasthaus

Hüttenstraße Nr. 2
Telephon 1065

Verkehrslokal der KPD.
und sämtlicher freier Gewerkschaften

Karl Sauer

Bahnhofstraße 40
Tel. 1288

Rauch-, Kau- u.
Schnupftabake

Spezialität:
Kentucky-Pressabake
TABAK-LAGER

J. Sicha & Söhne

GLEIWITZ
Wilhelmstraße 30

Wurst-Fabrik

SPORT-HAUS

**A
BRAUER**

Nur Bahnhof-
straße 11
Telefon Nummer 1168

Zigarren- und
Zigaretten-
Großhandlung

JOSEF PREISS

Bahnhofstr. 34
Telephon 730

Heinrich Jaschkowitz

Wilhelmstraße Nr. 19 an der Klodnitz

Fernruf 590

MANUFAKTURWAREN
Haus für Bekleidung und Aussteuer

Eisen-Handlung

CARL SILBIGER

Nikolaistr. 33
Telefon 1201

Sämtliche Bau-Artikel, Dachpappe, Zement,
Deckenrohr, Nägel, Haus- u. Küchen-Geräte

Gebüder Markus

G. m. b. H.
Telefon Ring Nr. 10
Verteilhafteste Bezugsquelle
für Wäsche-, Kurz- u. Weiß-
und Woll-Waren

Gleiwitzer Pelz-Bazar

Einkauf von
Häute + Felle + Rauchwaren

Telephon 1649 Inh. M. Goldberg
Beuthener Str. 2 bei Hammer

Kaufhaus M. Leschziner

GLEIWITZ
Allergrößtes Geschäftshaus
für Manufaktur, Tücher-, Leinen-, Wäsche-,
Konfektion und Schuhwaren

Bobrowsky & Zellner

Allergrößtes Spezialhaus

für Manufakturwaren, Modewaren,
Leinen- und Baumwollwaren am Platze

Fernsprech-Anschluss 272
Ring 22 Gleiwitz Fernsprech-Anschluss 272
Ring 22

Gorzawski & Comp.

Turnstraße 9
Herren-Konfektion
und Herren-Artikel
zu bekannt billigen Preisen

J. WOLFF, Gleiwitz

Nicolaistrasse 9
Schuhwaren aller Art



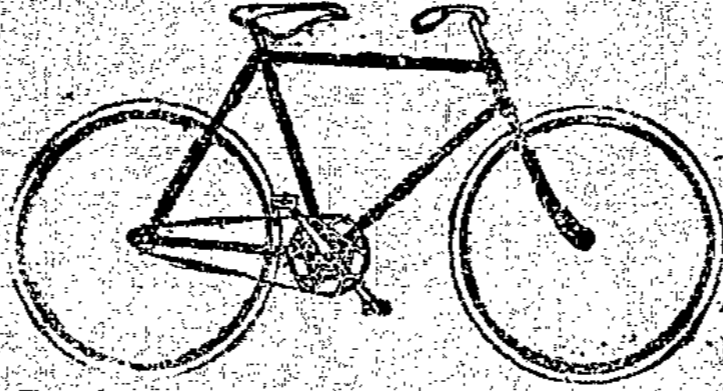
Kinderwagen

Haus- u. Küchengeräte

Spielwaren

H. Guttman, Gleiwitz

Nähmaschinen
und
Sprechapparate



Fahrräder
Fahrradersatz-
und Zubehörteile

Karl Galuschka, Gleiwitz

Beste Qualitäten

in
Zigarren

Zigaretten

u. Tabake

empfiehlt
Theodor Seidel

Ring 25

Kurz-, Weiß-
und Woll-
waren,
Wäsche

H. Langer

Gleiwitz
Ring 5

Arnold Simenauer

Telefon 1425
Nikolaistr. 13a

Galanterie Kurzwaren
Engros Lederwaren endetail

Walter & Co., Gleiwitz

Oberschlesiens größtes Spezialhaus
der Herren- und Knaben-Bekleidungs-Industrie

Paul Grzondziel

Kronprinzenstrasse 12
Uhren und Goldwaren
Besteinggerichtete Reparaturwerkstatt

**Schuhhaus
„Fortuna“**

Wilhelmstraße 20
Best Bezugsquelle für
jede Art Schuhwaren

WOLF & KUTNER, Gleiwitz

Nicolai Strasse Nummer 16
Manufaktur- u. Modewaren-Herrenkonfektion
Herren- und Damen-Wäsche

Anzüge für Gesellschaft, Straße und Sport sowie Ulster
und Gummimäntel, nur gute Qualität zu mäßigen Preisen

Gehr. Barasch Nachf.

Gleiwitz

Warenhaus für sämtl.
Bedarfs-Artikel

P. Scholz & Co.

Ring 15
Kaufhaus für
Kleiderstoffe
Leinen
Konfektion
Wäsche

FRANZ SMYTZEK

Gleiwitz / Wilhelmsplatz
Ecke Schützenstr.

Josef Baron

Möbel-Handelsgesellschaft m. b. H.
GLEIWITZ, Tarnowitzerstr. 15
Billigste Bezugsquelle

Merkuria Inh. J. Stein

Büro-Möbel - Büromaschinen - Büro-Bedarf
Papier-Großhandlung
GLEIWITZ,
Ring 22 Telefon 1724

H. Gassmann

Nicolaistrasse 7

Eisen- und
Eisenwaren-Handlung

Haushaltungs-
Gegenstände

**Schuh-
Haus**

H. Schüttan

Tarnowitzerstrasse 4

A. D. RECTOR, Gleiwitz

Gegründet 1846 RING 25 Telefon N. 1000
Erstes Spezial-Haus für Pelzwaren
Feinste Herren- u. Damen-Ausstattungen
Eigene Kürschner- und Schneider-Werkstätten.

Wir übernehmen:
Die Anfertigung eleg. Herren-
und Damen-Moden nach Maß,
auch aus zugebrachten Stoffen

Wir übernehmen:
für eleganten Sitz und
allerbeste Verarbeitung
weitgehendste Garantie



Optiker Büttner

Tele. 635
Fachanstalt für Augengläser
Lieferant Famil. Krankenkauf-Verbände

Erhöhte Seheistung!
Kritisch empfohlen!

Gleiwitz
Wilhelmstr. 24

**Gleiwitzer
Wäsche-Fabrik**

Schützenstr. 2
Spezialität:
Gardinen
Teppiche

Hermann Buchzik

Beuthener Straße 15
Hüte, Mützen, Pelzwaren

Kopp & Panofsky

Ring 14
Modewaren

Damen-
und Kinderkonfektion

**Schlesische
Bekleidungs-Werkstätten**

Kassel & Co.
Kronprinzen Strasse

Adolf Pese

Wilhelmstr. 41
Gelegenheitskäufe

in
Weiß- u. Wollwaren

Heinr. Brauer

Herren-Artikel
Spezialität Oberbekleidung

Nur Tarnowitzerstr. 19

BEUTHEN

Hugo Schüttan

Beuthen O.-S.

Bekannt grosse Auswahl und billige Preise in

Damen-Konfektion
Kleider-Stoffen
Seiden / Leinenwaren
Gardinen / Teppiche / Läuferstoffe

Adolf Wermund

BEUTHEN OS.

Seifen :: Parfümerien :: Kerzen

M. WOLF jun.

Beuthen OS. Ring Nr. 14

Spezialhaus für elegante
Kinder-, Backfisch- und Damen-Bekleidung

S. Pinkus / Beuthen OS.

Tarnowitzer Straße 36 Telefon 1247
Leder und Lederwaren

Schub-Haus

M. Blumenfeld

Tarnowitzer Str. 20

Seit grosser Anzahl

Schuhwaren aller Art

zu vorteilhaften Preisen

M. Skrzypczyk, Beuthen OS.

Ring 22 Inhaber: Max & Viktor Skrzypczyk Ring 22

Spezialhaus für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung

H. EICHNER

INHABER E. MAMLOK

Krakauer Straße 33
Telephon - Nr. 1888

Woll-, Wollwaren
und Trikotagen

Billigste Preise.

Gebrüder Baender

Inhaber Eugen Baender

Beuthen, Ring 23

Bekanntes Spezial-Haus für
Damen- u. Backfisch-Bekleidung
Kostüme / Mäntel / Kleider / Strümpfe

Hans Helmin

Eisenwarenhandlung

SPEZIALITÄT
Möbelschläge u. Schlüssel

BEUTHEN O.-S.
Tarnowitzer Straße

Kaufhaus

Joh. Reinbach

BEUTHEN, Gleiwitzer Str. 4

Weiss-, Woll-,
Kurz- u.
Mode-Waren

N. TAU

Krakauer Straße 36

Herren- u. Damenstoffe
Manufakturwaren

JOS. ELLGUT

Beuthen OS. / Tarnowitzer Straße 20

Spezialgeschäft in Weißwäsche
Trikotagen, Leinen- u. Wollwaren

Herrenwäsche - Kravatten - Trikotagen

kaufen Sie gut und billig im

Spezial-Haus Beuthen O.-S.
Tarnowitzerstraße 41

Warenhaus

Gebr. Barasch

u. s. w. Beuthen O.-S.

Beste Bezugsquelle
für sämtliche

Bedarfs-
und
Luxus-
artikel

Leder
und
Schuhmacher-
Bedarfs - Artikel

Emanuel Pinczower

Tel. 3003/3004 - Ring 13

Walter & Co.

BEUTHEN OS.

Kaufhaus größten Stils
für Herren- u. Knaben-Bekleidung

Schokoladen und Zuckerwaren

kaufen Sie gut und billig bei

Fedor Koplowitz G. m. b. H.

BEUTHEN OS. Tarnowitzer Straße 7

Georg Lachmann

Lederhandlung

Ring 3, neben dem Rathaus

Johannes Teichmann

BEUTHEN O.-S., Gleiwitzer Str. 1-2

Woll- und Kurzwaren
Damen- u. Herrenwäsche
Trikotagen Strumpfwaren

Spezialhaus

für

Wollwaren

Inh. Friedr. Freund

Telefon 387 Tarnowitzer Str. 48

Großes Lager in Strümpfen
Trikotagen und Wollwaren

ARTHUR SCHLEIMER

Strumpfwaren

Handschuhe Engros

Krakauerstr. 29

E. Nohl

Tarnowitzer Straße 11

Zigarren
Zigaretten - Tabake

Spezialhaus für sächs. Weiß-, Wollwaren u. Trikotagen

FERDINAND SCHICHT

Tarnowitzer Strasse Nummer 39

Handelsgesellschaft für Webwaren

BEUTHEN OS., Tarnowitzer Strasse 6

Wachstuche - Linoleum
Kinderwagen - Ledertuch

Max Pollack & Co.

Kurzwaren, Strümpfe

Engros Trikotagen Export

Beuthen O.-S.

Ring 18, Eingang Krakauer Str.

Wittner & Gadiel

BEUTHEN OS.

Gleiwitzer Straße 1-2

Manufaktur - Mode

and

Damen-Konfektion

Adolf Kreuzberger

Beuthen OS., Ring

Spezialhaus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung

Reichhaltiges, sortiertes Lager sowie steter Eingang von Neuheiten

Bekannt für reelle Bekleidung

J. Karmieski & Co.

Krakauer Straße 3

Größtes Spezialhaus

in

Manufaktur-, Mode-,
Leinen- und Baumwollwaren

Herren- und Kinderwäsche

Der Wanst der Straßenbahn

Vom Pressamt des Magistrats geht uns folgende Zuschrift zu:

Magistrat und Stadtverordnete stehen vor schwerwiegenden Entscheidungen über die Fortführung des Betriebes der städtischen Straßenbahn. Die Preissteigerungen auf allen Gebieten, insbesondere der Kohle, der Lebensmittel und der Gegenstände des täglichen Bedarfs haben die Aufwendungen für den Betrieb, die Betriebskraft und Instandhaltung der Betriebsmittel ins Ungeheure steigen lassen. Die Taxen konnten infolge der bestehenden Bestimmungen der Aufsichtsbehörden rechtzeitig den Ausgaben angepaßt werden.

Seit Ende Juli dieses Jahres erforderlich wiederholt die Arbeiterlöhne für zurückliegende Wochen erhebliche Nachzahlungen. So kam es, daß die Straßenbahn bis jetzt einen Fehlbetrag von etwa 50 Millionen Mark aufzuweisen hat, während im April und Mai dieses Jahres, zur Zeit der vorübergehenden Markstabilisierung, ein Gewinn von etwa 300 Millionen Mark erzielt worden war. Für die 50 000 Mark-Zarife betrug der tägliche Zuschuß der Straßenbahn etwa 4 1/2 Millionen Mark.

Wenn nicht bei jeder Erhöhung der Fahrpreise ein beträchtlicher Teil der Fahrgäste verläßt eine Zeit lang die Straßenbahn, werden aber gar ganz auf ihre Benutzung verzichten würde, wären die Verluste nicht so groß. Vielmehr wären sie ganz zu vermeiden, wenn diese Abwanderung von Fahrgästen nicht einträte und wenn die Stadt in die Lage versetzt würde, die notwendigen Preissteigerungen rechtzeitig eintreten zu lassen. Aber, wie bereits erwähnt, scheitert das zur Zeit an den bestehenden, nicht mehr zeitgemäßen gesetzlichen Vorschriften.

Die Abwanderung ließe sich vielleicht vermeiden. Wer in letzter Zeit die Fahrpreise von 4000 Mt., 8000 Mt., 20 000 Mt. und 50 000 Mt. noch erschwingen konnte, ist selbstverständlich auch in der Lage, den entsprechend erhöhten Fahrpreis zu entrichten. Was bedeutet denn dieses Entgelt für eine Straßenbahnfahrt? Ein Glas Bier, eine Zigarre u. a. kostet weit mehr; und wenn man die geringe Zahl derer bedenkt, die zur Zeit überhaupt noch die Straßenbahn zu benutzen in der Lage sind, im Verhältnis zu der großen Zahl derer, die das nicht mehr können, und in ihrer größeren Bedürftigkeit durch erhöhte Preise für Gas, Wasser und Elektrizität für den Zuschuß der Straßenbahn auskommen müssen, so wird man es verstehen, daß die städtischen Körperschaften bisher bestrebt gewesen sind, den Fahrpreis der Straßenbahn herabzusetzen, daß er die Ausgaben deckt, d. h. mit anderen Worten, daß die Kosten der Straßenbahn von denen aufgebracht werden, die sie benutzen. Das wird aber künftig kaum noch möglich sein.

Umgekehrt haben die städtischen Deputationen und Ausschüsse alles getan, um durch Ersparnisse auf persöhnlichen und sächlichen Gebiet den Betrieb so billig wie nur irgend möglich zu gestalten. Während Ende März 1920 noch 2740 Personen im Dienste der städt. Straßenbahn standen, sind es augenblicklich nur noch 1720. Die Zahl der Beamten und Angestellten der Verwaltung ist von 77 Ende März 1919 auf 40 Personen zurückgegangen. Der Betrieb ist dem Verkehrsbedürfnisse angepaßt worden: Gegen 1,4 Millionen Rechnungskilometer im Juli 1914 wurden geleistet 687 000 Rechnungskilometer im Mai 1920 und 592 000 Rechnungskilometer im Juli 1921.

Aber alle diese Maßnahmen können nicht verhindern, daß die Einnahmen hinter den Ausgaben zurückbleiben. Die Personenbeför-

derung nimmt mit jeder Tarifserhöhung ab; sie ist zurückgegangen

von 175 000 Personen im September 1922 auf zurzeit 70 000 an einem Tage.

Bei dieser Sachlage müssen die städtischen Körperschaften ernstlich die Frage erwägen, ob sie es verantworten können, den Straßenbahnbetrieb auf Kosten der Allgemeinheit für einen verhältnismäßig geringen Teil der Bürgerkraft und für Fremde noch weiter aufrechtzuerhalten. In erster Reihe werden das Reich und Preußen sich darüber klar werden müssen, ob sie diesem verlustbringenden Betriebe die erforderlichen Zuschüsse gewähren wollen, um ihn nicht zum Erliegen zu bringen. Die entsprechenden Schritte wird der Magistrat demnächst bei den zuständigen Ministerien unternehmen. Ferner wird er an die an der Stadtgrenze gelegenen Industrie- und Geschäftskreise herantritt, die ein wesentliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Straßenbahnbetriebes haben, um von ihnen angemessene Zuschüsse zu erlangen. Vor allem aber wird es Sache der Fahrgäste sein, der Straßenbahn auch bei den weiteren erheblichen Preissteigerungen treu zu bleiben.

Ein Angestellter der Straßenbahn schreibt uns hierzu:

Die Straßenbahnverwaltung erklärt mit welcher Stimme, infolge der großen Fehlbeträge die Straßenbahn stilllegen zu müssen. Sie führt Vergleiche an über die Zahl der beförderten Fahrgäste im Monat September 1922 und der Zahl der Fahrgäste in diesem Monat, bei dem bestehenden 50 000 Mt.-Fahrpreis. Diese Statistiken sind nichts als eine Irreführung seitens der Straßenbahnverwaltung. Warum führt die Verwaltung die Anzahl der beförderten Fahrgäste vom September 1922 an und nicht die im Spätherbst desselben Jahres, oder die des Frühjahrs 1923? Der September 1922 war bekanntlich ebenfalls ein gemächlicher schwarzer Monat. Die Anzahl der im September beförderten Fahrgäste, welche die Verwaltung angibt, dürfte die niedrigste Ziffer im ganzen vorigen Jahr gewesen sein, weil gerade in diesem Monat ebenfalls unnötige Tarifserhöhungen stattfanden, welche die Fahrgäste von der Straßenbahn vertrieben haben. Die Verwaltung gibt die Anzahl der beförderten Fahrgäste bei dem bestehenden 50 000 Mt. Tarif mit 70 000 an. Diese Anzahl Fahrgäste ergeben eine tägliche Einnahme von 3,5 Milliarden. Dazu täglich 4,5 Milliarden Fehlbetrag. Demnach müßten die täglichen Einnahmen, um die Ausgaben zu decken, 8 Milliarden betragen. Nehmen wir jetzt die Zahl der Beförderten vom September 1922, welche nach den Angaben der Verwaltung 175 000 betrug. Multipliziert mit dem 50 000 Mt.-Tarif, ergibt diese Zahl eine tägliche Einnahme von 8 1/2 Milliarden. Zieht man ferner in Betracht, daß die Anzahl der beförderten Fahrgäste von einst und jetzt abichtlich niedrig angegeben ist, daß also demnach statt 175 000 etwa 200 000 und mehr täglich Personen befördert sein würden, so ist der 50 000 Mt.-Tarif als äußerste Grenze zu ziehen. Noch viele Wochen kann dieser Tarif bestehen werden. Er würde sogar die Bedienung der Straßenbahn herbeiführen, indem die heutigen von der Verwaltung abichtlich herbeigeführten

Fehlbeträge für ganz kurze Zeit gewaltig sein würden.

Der angekündigte 100 000 Mt.-Tarif aber bedeutet das Ende der städtischen Straßenbahn. Er wird und muß die Zahl der Fahrgäste so verringern, daß die Straßenbahn auf das Stadium gelangt, wo sie die Saboteure in der Verwaltung haben wollen, nämlich auf das Stadium, wo sie liquidiert werden muß. Es scheint, als wollten einige Saboteure durchaus dieses Ziel erreichen, um die städtische Straßenbahn an das Privatkapital, das auf diesen Seiten Wissen längst lauert, auszuliefern.

Die „Vollwacht“ gegen die Nasenspißpolitiker

Am Montag veröffentlichte die „Vollwacht“ kommentarlos einen auch von uns wiedergegebenen Artikel des Buchdruckerverbandes, in dem es u. a. heißt:

„Aber auch unter der Arbeiterschaft finden sich noch Nasenspißpolitiker und Blertischsträcker, die von den wahren Interessen der Buchdrucker oder vom „Stiff an die Gürgel des Staates“ sprechen.“

Selber hat die „Vollwacht“ ihren Lesern verschwiegen, wer das geflügelte Wort vom dem „Stiff an die Gürgel des Staates“, den die Buchdrucker getagt haben sollen, geprägt hat. War es nicht eine Säule der Breslauer SPD? War es nicht Herr Ruffert, der Grapplasse in der Breslauer Margaretenkirche, der den Buchdruckern bessere Lohnnormal einpaulen wollte?

Und die Nasenspißpolitiker, die Bierbankstrategen, sind es nicht die Ruffert, Wierlich, und Genossen, die am sogenannten Ministertisch im Breslauer Gewerkschaftshaus die Politik des Ortsauschusses bestimmen?

Warum so verschwiegen, liebe „Vollwacht“? Die Breslauer Arbeiter haben das größte Interesse daran, zu erfahren wer den Buchdruckern in ihrem schweren Existenzkampf in den Rücken fällt.

Hätte das offizielle Organ der Breslauer Gewerkschaftsbürokratie gewußt, daß sich die Spitze des Artikels gegen die Nasenspißpolitiker, gegen die Heiligen der Margaretenkirche wende, so wäre sie sicherlich von der Redaktion abgelehnt worden.

Nun ist es vorbei. Die im Kampf ergrauten bewährten Führer sind entlarvt als Bierbankspieler und Nasenspißpolitiker.

Wider Willen hat die „Vollwacht“ wenigstens einmal der Wahrheit gedient und treffende Kritik geübt.

Freilich spät, aber nicht zu spät. Die Breslauer Arbeiter wissen nun, was sie von den Rufferts zu erwarten haben.

Speisefarte eines hungernden Diktionsärs

Ein Genosse sendet uns folgenden Speisepettel, der einem Galgenhumor entspricht, wie ihn nur die hungernden Proletariatskinder haben können:

Montags noch man ohne Fett,
Dienstag Fleisch, das auch ganz nett,
Mittwoch noch man alles essen,
Donnerstag ist's Fleisch vermissen,
Freitag gibt's ein Fischgericht,
Scheinsfleisch am Sonnabend nicht,
Sonntag endlich hat man Ruh,
dann — da sind die Bäden zu.

Wertbeständiger Gaspreis

Das städtische Gaswerk ist durch die unglaubliche Selbstentzündung und Kohlenverwertung der letzten Wochen in ein Defizit von 128 Millionen gekommen, und die Verwaltung weiß nicht, wie sie überhaupt noch neue Kohlen anschaffen soll. Die Ursache des Defizits liegt hauptsächlich in der monatlichen Durchschnittsberechnung des Preises für die Kautions-Gasabnehmer, die bei der laufenden Selbstentzündung immer zu wenig bezahlen. Deshalb ist nun beschlossen worden, daß bei der Ableitung für die zurückliegende Zeit der jeweilige Preis vom Tage der Ableitung berechnet wird. Wer mit der Zahlung im Verzugs bleibt, hat den Preis zu zahlen, der am Tage der Bezahlung gilt.

Um den Betriebswerten sofort erhöhte Betriebsmittel zu beschaffen, ist zudem beschlossen worden, daß sich die Wohnunger von Gas und Wasserstrom für September teilweise vorher eindecken können. Die einzelnen Hausbesitzer können Gutscheine zum gegenwärtigen Tagespreise erwerben, die bei der Ableitung angerechnet werden und zwar bis zu 30 Kubikmeter Gas und 15 Kilowattstunden Wasserstrom. Der Verkauf der Gutscheine erfolgt seit Montag in der Kasse der städtischen Betriebswerke am Festplatz, in der Stadtgasse, Kasse am Wäckerplatz, der Kasse der städtischen Straßenbahn, Steinstraße, und der Kasse des Schlacht- und Viehhofes.

† Breslauer Volkstheater. Die Mitgliederkarten für die Breslauer Volkstheater müssen bis zum 20. d. Mtz. in der Gesellschafts- und Volksbildungsamt, Albrechtstraße 22, abgeliefert werden, wenn kostspielige Aufstellungen nicht erfolgen soll. Infolge neuer Umwagungen können sowohl für die Große Theatergemeinde (acht Schauspiele) und zwei Opern-Vorstellungen (sechs Opern-Vorstellungen) noch einige Anmeldungen erfolgen.

† Zur Eröffnungsvorstellung der Breslauer Volkstheater. Im Coblenzplatz findet am Sonntag, den 2. September, um 10 Uhr, eine Mitgliederversammlung der Breslauer Volkstheater statt, zu der sämtliche Mitglieder dringend eingeladen werden. Anschließend daran findet eine Matinee mit Einführungsvorträgen zu „Tieck“ statt. Beginn 1/2 12 Uhr. Ende gegen 1 Uhr. Zuerst sprechen der neue engagierte Schauspieler des Coblenzplatzes, Max Nemes vom Deutschen Theater in Berlin und Ekkehard Lennarz „Schillerische“ Gedichte. Hierauf spricht Dr. Baginsky über Tieck. Am Schluß wird Direktor Barnack über das Schema „Meine Inzenerierung zu Tieck“ sprechen. Eintrittskarten für Mitglieder des Volkstheater sind zum Preise von 100 000 Mt. in der Verkaufsstelle Albrechtstraße 22 zu haben.

† Im Lob- und Gastiert nur noch kurze Zeit Luzia Höllin in Rudolf Dressler und Leo Walther Steins Lustspiel „Nielott von der Watz“. — Sonnabend, den 1. September, beginnt Frau Hlla Grüning vom Deutschen Theater in Berlin ihr Gastspiel in Nathansens Schauspiel „Hinter Mauern“. Frau Grüning ist dem Breslauer Publikum von den Weltweit Hauptmann-Theatern in lebhafter Erinnerung. Ihre Darstellung der Frau Glamm hat damals begeisterten Beifall gefunden. Die Rolle der Frau Levin in „Hinter Mauern“ gibt ihr reich Gelegenheit, ihre vertiefte Darstellungsart zu zeigen. Direktor Paul Barnack spielt die männliche Hauptrolle. Der Torverkauf hat begonnen.

Das Malvolli aus Tolun

Roman von Concha Espina
Copyright 1922, Verlag W. J. Mörlan, Berlin
391

Alle betrachten ihn besesselt, und in flüsterndem Ton erkundigt sie Rolario:

„Haben wir so wenig Geld?“

Ohne im Schreiben unanzuhalten erwidert Aurelio lächelnd:

„Heutzutage wenig.“

„Wierlich?“

„Hier der Schamwäcker kann es sagen.“

„Hunderttausend Pöetas“, murmelt Enrique Calmeron.

„Sehr, sehr wenig!“ sagt es im Chor. Und das junge Mädchen sagt voller Mitleid:

„Ach! — dann werden mehr als hunderttausend Kinder hilflos sein — Gott weiß, wie lang!“

Der Aufruf ist fertig: eine einfache Bekanntmachung, die die Leute in aller Schnelligkeit zusammenrufen soll. Nachdem der Führer sie seinen Genossen vorgelesen hat, sagt er:

„Wir müssen sie drucken und heimlich unter den Arbeitern herumgehen lassen.“

In seiner Eigenschaft als Sekretär nimmt Jose Luis das Papier und verspricht:

„Bis Mittag werden zwanzigtausend Exemplare verteilt sein.“

Dann wendet Chea sich an Rolario, die von der ganzen Melancholie der Welt zu Boden gedrückt zu werden scheint:

„Sorgen Sie sich nicht! Wir werden das Geld beschaffen, dann haben wir für alle Brot.“

„Wir werden ein fürchtbares Heer von Armen sein!“

„Das schadet nicht; alle Arbeiter Spaniens werden uns helfen, wir werden Wunder vollbringen und werden siegen!“

„Sind Sie dessen sicher?“

„Ja, das bin ich. Vor zwei Jahren sagte mir ein Geländnis in Madrid ein Gefangener, der keine Straße verbüßt hatte und sich verabschiedete mit der größten Selbstverständlichkeit: „Gut wohl; ich gehe in Europa den Frieden herzustellen.““

„Wer war das?“ wird er unterbrochen.

„Bielinski, der russische Revolutionär, den man in unserem Lande wie einen Missetäter verfolgt.“

„Ruhe!“ rief draußen Vicente Rubio und erschien erschrocken und sehr bleich am Fenster.

„Was gibt es?“

„Sie passen uns auf; sind mit der Tür und schloß das Licht.“

Ein Hauch stierte die Weite, die Flamme auf dem Ruoter; der Greis trat ein, und die Gruppe stand unruhig und bedrückt im unsicheren Licht der Nimmelslampe.

Die Gendarmen und die Wächter vom Werk suchen uns; sie brauchen Saron. Chea festgenommen, verurteilt Vicente häufig.

„Wie halt du es ertragen?“

„Ich habe auch die Runde gemacht“, erwidert er in bitterem Ton, „da habe ich mich im Dunkel gedrückt und so den Verrat ertragen!“

Enrique Calmeron schließt sorgfältig das Fenster und entzündet seine elektrische Taschenlampe.

„Gehen wir dort hinein!“ bestimmt er.

Die Gestalten bewegen sich in traggischem Zuge und werfen ungeheure Schatten gegen die Wände. Die Stimmen flüstern einander unbekannteren ins Ohr.

„Wir werden uns wehren!“ hört man sagen.

„Rein!“ brüllt Chea, „hier müssen wir uns verbergen!“

Der Hausherr hat einen Rettungsplan entworfen.

„Zuerst will ich mit meiner Mutter sprechen“, beschließt er. Sie soll auch in diesen Morgen fliehen; von dort führt eine Tür nach dem kleinen Hof, und dort ist ein Zugangsgraben, in dem ein paar Männer Platz haben.“

„In dem Schlamm!“ bedauert Rolario entsetzt. Aber der Führer erklärt sich achtselnd einverstanden.

„Sehr gut! Sollten sie Hausdurchsuchung halten, so werden Suarez, Garces, Vicente, der Lehrer und ich uns dort verstecken. Ihr“, sagte er zu den übrigen, „leidet zur Prozession gekommen und bei Enrique zu Gast.“

Dieser läßt sie im Dunkeln in einem kleinen Schlafzimmer mit zwei Betten zurück und läuft

zur Küche, wo seine Mutter Wache hält. Sie reden einige Augenblicke miteinander. Die Frau, eine muntere Jungferin, hat die ganze Traurigkeit ihrer Mission begriffen; sie ist eine kluge, kräftige Gebirgerin aus Valdealmusa und heißt Dolores.

Mit erschöpfener Stimme behält sie entzweiessenen Worten: „Sei stark und mach dich gefaßter. Meant tritt im Schred noch mehr hervor und wird freier.“

„Ich weiß schon, was ich tun will. Ein paar von euch laßt mich in die Küche, weil wir in Gesellschaft leichter die anderen Armen Kinder in die Graben führen — bis wir sehen, ob die Mauerwachen sich heranziehen.“

Ein harter Schlag gegen die Tür nötigt sie, die vorherbestimmten Plätze einzunehmen.

Dolores öffnet mit beugender Würde das Kalbheit das Fenster und hält eine kurze, mit roten Wogen gerührte Anrede: mit den Vertretern der Behörde. Die Wache geht in der Hebergung weiter, daß Aurelio Chea hier nicht ist.

„Bin ich nicht ein Spatz, was es sein muß?“ lobt sich Dolores voller Stolz, als sie die Verschauerer wieder zusammendrückt.

Sie atmen freier, unterhalten sich halb laut weiter und beschließen, das Haus vor Tagesandbruch vorichtig zu verlassen.

„Du aber nicht“, sagte Jose Luis zu seiner Schwester, „du mußt dich austragen.“

Für das Mädchen habe ich ein Bett zurecht gemacht, es ist blank und sauber wie Gold“, überreicht Dolores stolz.

Das junge Mädchen sträubt sich.

„Ich werde in Maria zu Bett gehen.“

„Rein nein, sie wird viel zu unedel“, reden alle ihr liebevoll zu.

Und sie kehren in Enrique's Zimmer zurück, das das beste der armen Wohnraum ist.

„Wehe können wir ihnen nicht bieten“, sagt Aurelio bedrückt. Er schiebt den Riegel vor die Verbindungstür, die zum Nebenzimmer führt und fährt fort: „Hier nebenan liegen ein paar Leute zu schlafen, die heute im Krankenhaus sind. Sie gehen zur Arbeit, bevor die Sonne aufgeht; es wird niemand sie hören.“

„Und sie? Kommen sie nicht in Gefahr, wenn sie nach Maria zurückkehren?“ fragt Rolario besonnen.

„Ich glaube kaum. Ich werde mit den Arbeitern herumgehen, eine Arbeitsblufe ansetzen und jedes Zusammentreffen vermeiden.“

In diesen einsamen Gegenden verfolgen sie sich, aber später in der großen Schlacht werden sie mir nicht nahe kommen.“

„Sie brauchen auch ein wenig Ruhe!“

„Ich habe Hunger und Schlaf überunden. Wenn Ruhe und Pflicht mich rufen, so bin ich unbesieglich!“ sagt er mit schmerzhaftem Ausdruck. Seine ruhige Gestalt scheint im Drange keine maßlosen freien Gedanken ins Risikohafte zu werfen.

Rolario blüht ihn durch heiße Tränen mit ihren tiefen Augen an und hört, von ihrem eigenen Gefühl berührt, keinen Worten zu.

Dolores hat das arbeitslose Bett aufgeschlagen. Das Bettzeug ist sauber und von gelblicher Farbe, die die Knappheit des Wassers verrät. Eine harte Decke ist über die gestülpte Matratze gebreitet, aus allen Ecken blüht die Dürftigkeit, und die Luft ist schwer vom Dunst der Kerze und vom Zigarettenrauch. Aus den inneren Schlafkammern dringt ein stechender Geruch. Aurelio bemerkt es und neigt sich besümmert zu ihr.

„Die Armut riecht schlecht, nicht wahr?“

„Ja —“ erwidert das Mädchen.

Wie niemals zuvor empfinden die beiden die herbe Besesselt des Gebens, aber gleichzeitig erheben sie die Köpfe und nehmen mit den Augen Abschied voneinander.

Die anderen haben es sich in der Küche bequem gemacht und beschreiben die Ereignisse.

„Wenn das Fräulein schläft, schreist du ein wenig das Fenster öffnen“, bemerkt Enrique zu seiner Mutter.

Sie gute Frau betritt sogleich ganz behutsam das Zimmer, um den Auftrag auszuführen, und das junge Mädchen, das noch nach ist, sich aber nicht rührt, rückt die Blide voller Anruhe auf die zuckende Fläche des Himmels und gibt sich ungeschicklich dem Schmerz, ihrem Kummer hin, während die Nacht, die in Stern aufsteht

